

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

GUNTHER NOLLAU

## „Das proletarische Rußland – der beste Freund des persischen Volkes“

Den Persern<sup>1)</sup> ist wie dem deutschen Volk<sup>2)</sup> eingehämmert worden, die Sowjetunion sei ihr bester Freund. Auch Iran hatte jedoch am eigenen Leibe zu spüren, worin die Freundschaft der führenden Kräfte Rußlands, später der Sowjetunion bestand. Nach anfänglichem Verzicht auf alle Rechte aus Geheimverträgen setzten die Sowjetrussen seit 1920 auf ihre Weise die zaristische Expansionspolitik fort. Komintern, KPdSU und persische Kommunisten wandten dabei eine Taktik an, die typisch ist für sowjetisches Vorgehen gegen ein „unterentwickeltes“ Land, das mit der Sowjetunion eine gemeinsame Grenze hat. In dieser Taktik sind zugleich die Linienänderungen der kommunistischen Politik in Asien zu erkennen.

### Vorgeschichte

Peter der Große begann, die russischen Besitzungen beiderseits des Kaspischen Meeres vorzuschieben. 1722 besetzten seine Truppen am Westufer das persische Derbent. Im folgenden Jahr wurden Baku und Rescht erobert. Der Friedensvertrag von St. Petersburg, den der Zar 1723 mit Beauftragten des Schahs schloß, sollte diese Erwerbungen sichern<sup>3)</sup>. Sie gingen jedoch wenige Jahre nach Peters Tod wieder verloren. Die Nachfolger dieses großen Zaren setzten, zwar nicht seinem „Testament“ aber seinem Beispiel folgend, die Angriffskriege nach Süden fort<sup>4)</sup>. Im folgenden Jahrhundert verlor Iran erneut kaspische und kaukasische Provinzen an den nördlichen Nachbarn. Das russische Vordringen auf dem Westufer des Kaspischen Meeres beendete der Vertrag von Turkmentschai (1828) für nahezu hundert Jahre. Der Araks-Fluß südlich des Kaukasus bildete nun die Grenze. Im Osten des Kaspischen Meeres besetzten die Russen 1869 Krasnowodsk, das unter iranischer Oberhoheit stand. 1873 drangen russische Streitkräfte in die Khanate von Khiwa und Buchara ein. Die turkmenische Steppe war dadurch von russischem Einflußgebiet umgeben. Als 1881 die Mündung des Atrek am Südostufer des Kaspischen Meeres, zur russisch-iranischen Grenzlinie wurde, hatte Rußland sich in die Nähe der Gebirgspässe

vorgeschoben, die zu Irans nordöstlicher Provinz Chorassan führten. Mit diesen Positionen beiderseits des Kaspischen Meeres hat sich Rußland bis heute begnügen müssen, obwohl es während der beiden Weltkriege noch weitere Teile der iranischen Nordprovinzen unter seinen Einfluß gebracht hatte. Die Unabhängigkeit Persiens wurde äußerlich durch den britisch-russischen Vertrag von 1907 anerkannt. Zugleich teilte jedoch der Vertrag das Land in eine russische (nördliche) und

### INHALT

#### Vorgeschichte

Die sowjetische Politik 1917 – 1919

Die Komintern und die Völker des Ostens

Eine Sowjetrepublik auf iranischem Gebiet

Der Kommunismus in Iran zu Anfang der zwanziger Jahre

Die iranischen Kommunisten unter Reza Schah

Die Besetzung Irans (1941 – 1946)

Die Tudeh-Partei

Der sowjetisch-persische Ölkonflikt

Die sowjetische Herrschaft in den nördlichen Provinzen Irans

Die Autonome Republik von Aserbeidschan

Die Kurdenrepublik von Mahabad

Die Sowjetregierung bricht den Dreimächtevertrag vom 29. Januar 1942

Die Extremisten im anglo-iranischen Ölkonflikt

Die Niederlage der Tudeh-Partei

britische (südliche) Interessensphäre und minderte dadurch den Wert seiner Unabhängigkeitserklärung erheblich. Im I. Weltkrieg blieb Iran neutral. Britische und russische Truppen besetzten Teile Irans, um die Verbindungen zwischen Persischem Golf und dem Kaspischen Meer sowie andere Interessen zu schützen. Der Einmarsch türkischer Truppen (Besetzung von Täbris) sowie deutsche Unternehmungen (Oskar von Niedermayers militärische Expedition und Konsul Wassmuss' Kleinkrieg im Süden) fesselten starke britische und russische Truppen im Iran<sup>5)</sup>.

1) Vgl. K. Trojanowsky, zitiert bei Aurelio Palmieri, *La politica asiatica dei Bolscevichi*, Bologna 1924, S. 173.

2) Vgl. z. B. Losungen der SED zum 1. Mai 1949 in *Dokumente der SED*, Berlin 1950, Bd. II, S. 226.

3) Vgl. R. Wittram, *Peter der Große, der Eintritt Rußlands in die Neuzeit*, Berlin 1954, S. 98 ff.

4) Bei dem „Testament“ Peters des Großen handelt es sich um eine Fälschung, die aus napoleonischer Zeit stammt (vgl. R. Wittram, a. a. O., S. 137).

5) Vgl. Dagobert v. Mikusch, *Wassmuss, der deutsche Lawrence*, Berlin 1937 und Oskar v. Niedermayer, *Im Weltkrieg vor Indiens Toren*, Hamburg 1936; von Hentig, W. Otto, *Meine Diplomatenfahrt ins verschlossene Land*, Berlin 1917.

## Die sowjetische Politik 1917—1919

Die siegreichen bolschewistischen Revolutionäre säumten nicht, aller Welt zu verkünden, sie würden mit der reaktionären Politik brechen, die sowohl der Zar als auch Kerenskis Regierung „der Gutsbesitzer und Kapitalisten“ betrieben hätten.

Einen Tag, nachdem die Bolschewiki in Petrograd die Herrschaft erobert hatten, schlug die „Arbeiter- und Bauernregierung“ in ihrem „Dekret über den Frieden“ allen Nationen vor, über einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen zu verhandeln<sup>6)</sup>. Wenige Wochen später folgte der „Aufruf an die werktätigen Moslems Rußlands und des Ostens“ vom 7. Dezember 1917, der Iran unmittelbar anging. Darin erklärten Lenin als Präsident des Rates der Volkskommissare und Stalin, Volkskommissar für nationale Angelegenheiten, der britisch-russische Vertrag über die Teilung Persiens von 1907 sei zerrissen, die russischen Truppen würden sogleich nach Beendigung der militärischen Handlungen aus Persien zurückgezogen<sup>7)</sup>. Den Moslems die in Rußland lebten, also Irans nördlichen Nachbarn, den Türken und Tataren vom Transkaukasus, den Tschetschenen und Georgiern vom Kaukasus, versprachen Lenin und Stalin, sie könnten ihr religiöses, kulturelles und nationales Leben „frei und ohne Hindernisse“ einrichten<sup>8)</sup>. Der gleichen Linie folgte die Sowjetregierung in einer Note des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Leo Trotzki, vom 14. Januar 1918, durch die Irans Unabhängigkeit anerkannt

wurde<sup>9)</sup>. Die Anerkennung der Unabhängigkeit Irans verbanden die Russen im Friedensvertrag von Brest-Litowsk (3. März 1918) mit der Verpflichtung, dessen territoriale Integrität zu achten<sup>10)</sup>. Eine weitere Note des stellvertretenden Volkskommissars für Auswärtiges Leon Karakhan vom 26. Juni 1919, in der die Schulden Irans an Rußland annulliert und auf sowohl private als auch staatliche russische Konzessionen in Iran verzichtet wurde, schien zu bestätigen, daß die Sowjets beabsichtigten, sich zurückzuziehen<sup>11)</sup>. Zu dieser Zeit standen in Iran keine russischen Truppen mehr. Sie hatten sich nach der Oktoberrevolution teils selbst aufgelöst, teils waren sie evakuiert worden<sup>12)</sup>.

Sowohl durch seine Zugeständnisse gegenüber Iran als auch durch den Vertrag von Brest-Litowsk wollte sich das Sowjetregime, das gegen die Weißen und die ausländischen „Interventen“ um seine Existenz kämpfte, eine Atempause verschaffen. Die Sowjetregierung fühlte sich weder an die Zugeständnisse gebunden, die sie den Kaukasiern und Persern gemacht hatte, noch beabsichtigte sie, den Vertrag von Brest-Litowsk einzuhalten, über den folgende Äußerung Lenins verbürgt ist: „Natürlich brechen wir den Vertrag, wir haben ihn bereits dreißig bis vierzig Mal gebrochen<sup>13)</sup>.“ Obwohl Iran anders als die Vertragspartner von Brest-Litowsk kein Kriegsgegner war und das sowjetische Regime die iranische Unabhängigkeit anders als den genannten Vertrag nicht unter iranischem Druck anerkannt hatte, sollten die Sowjets bald die persische Souveränität verletzen.

## Die Komintern und die Völker des Ostens

Zunächst (1918 und 1919) hatten sich die Bolschewiki allerdings in den Bürgerkriegen zu behaupten. Jedoch schon der Gründungskongreß der Komintern (2. bis 19. März 1919), auf dem die „persische Sektion des Zentralbüros der Ostvölker“ vertreten war, nahm das „Maifest der Kommunistischen Internationale an das Proletariat der ganzen Welt“ an, verfaßt von Leo Trotzki, in dem es hieß:

„Die Arbeiter und Bauern nicht nur von Anam, Algier, Bengalien, sondern auch von Persien und Armenien bekommen die Möglichkeit einer selbständigen Existenz erst dann, wenn die Arbeiter Englands und Frankreichs Lloyd George und Clemenceau gestürzt und die Staatsmacht in ihre Hände genommen haben.“ Und „Kolonialklaven Afrikas und Asiens! Die Stunde der proletarischen Diktatur in Europa wird auch die Stunde Eurer Befreiung sein<sup>14)</sup>.“

Schon in diesen Erklärungen wird ein Gedanke sichtbar, der die Kominternpolitik in den ersten Jahren wesentlich beeinflusst hat: Der Marx'schen Konzentrationstheorie folgend waren Lenin, Trotzki, Sinowjew und viele andere der Meinung, die Revolution werde zunächst in den „fortgeschrittenen“ europäischen Industriestaaten ausbrechen und dann auf die kolonialen oder halbkolonialen Gebiete“ übergreifen<sup>15)</sup>. Diese Auffassung schien durch die Ereignisse bestätigt zu werden, die sich 1919/20 in Europa abspielten. Deutschland kam nach der Revolution von 1918 nicht zur Ruhe. Den Kämpfen der Regierung mit kommunistischen Kräften (Januar 1919 in Berlin, April 1919: Räterepublik in Bayern) folgte der nationalistische Kapp-Putsch (März 1920), der durch einen Generalstreik der Arbeiterschaft in drei Tagen

zu Fall gebracht wurde. In Italien ließ ein starkes Anwachsen der kommunistischen Stimmen auf eine revolutionäre Stimmung unter der Arbeiterschaft schließen. Der entscheidende Impuls aber für die Ausdehnung der bolschewistischen Revolution in Europa wurde von der Roten Armee erwartet, die nach Abwehr des polnischen Angriffs auf Kiew im Sommer 1920 durch Polen nach Westen vorrückte! Im Gefolge der Roten Armee befanden sich drei Bolschewisten polnischer Abstammung: Felix Dersinski, damals Leiter der Tscheka, Julian Marchlewski und Felix Kon. Sie organisierten „Sowjets“ in den besetzten Städten, um die Grundlagen für ein Sowjetregime in Polen zu schaffen<sup>16)</sup>.

Im Gebiet des Kaspischen Meeres drangen sowjetische Kräfte im Frühjahr 1920 gleichfalls vor. Dort hatten sich — in Auswirkung der sowjetischen Erklärungen über das Selbstbestimmungsrecht der Kaukasusvölker und des Vertrages von Brest-Litowsk — im Frühjahr 1919 die freien Transkaukasischen Staaten Armenien, Georgien und Aserbeidschan gebildet<sup>17)</sup>. In der Freien Republik von Aserbeidschan, deren Gebiet die nördlichen, ehemals russischen Teile von Aserbeidschan umfaßte, übernahm am 26. Juli 1918 die Sozialrevolutionäre Partei die Macht. Der Stadtsowjet von Baku wurde verhaftet, der unter Führung von Stepan Shaumian schon seit März 1918, gestützt auf Kommunisten unter den Ölarbeitern, regiert hatte<sup>18)</sup>.

Der Wunsch, die Ölquellen von Baku zu kontrollieren, zog im Laufe des Jahres 1918 britische, deutsche und türkische militärische Kräfte

9) Vgl. George Lenczkowski, *Russia and the West in Iran*, Ithaca, New York 1948, S. 48.

10) Vgl. J. W. Wheeler-Bennet, *The Forgotten Peace*, London 1938, S. 407. (Art. VII des Vertrages.)

11) Vgl. Louis Fischer, *The Soviets in World Affairs*, New York 1930, Bd. I, S. 289.

12) Vgl. Firuz Kazemzaden, *The struggle for Transcaucasia*, New York — London 1951, S. 132, und Lenczkowski, a. a. O., S. 15.

13) Vgl. W. H. Chamberlin, a. a. O., Bd. I, S. 377.

14) Vgl. Louis Fischer, *The Soviets in World Affairs*, Bd. I, 1951, S. 268.

15) S. o. S. 4. Firuz Kazemzadeh, *The Struggle for Transcaucasia (1917 bis 1921)*, New York—London 1951, befaßt sich eingehend mit dem Schicksal der transkaukasischen Republiken. S. auch Ch. W. Hostler, *Turkism and the Soviets*, London u. New York 1957, S. 24.

16) Anastas Mikojan, der damals in Baku war, entging der Verhaftung. 26 bolschewistische Kommissare, unter ihnen Stephan Shaumian, wurden schließlich auf das Ostufer des Kaspischen Meeres gebracht und dort — zwischen Krasnowodsk und Aschkhabad ermordet, vgl. Kazemzadeh a. a. O., S. 144 f., Stalin, *Werke* Bd. 4, S. 223.

6) Vgl. Dekret über den Frieden, angenommen auf der Sitzung des Allrussischen Kongresses der Sowjets am 8. 11. 1917, abgedruckt bei William Henry Chamberlin, *Die Russische Revolution 1917—1921*, Bd. I, Frankfurt/Main 1958, S. 437.

7) Vgl. den genannten Aufruf, abgedruckt bei W. H. Chamberlin, a. a. O., S. 448 f.

8) Auf derartige Zusicherungen vertrauend erklärte sich z. B. Georgien am 26. 5. 1918 für unabhängig. Im Februar 1921 drangen jedoch sowjetische Truppen in Georgien ein und unterwarfen es binnen eines Monats. Am 25. 2. 1921 wurde die Georgische Sozialistische Sowjetrepublik ausgerufen. Einzelheiten über das Schicksal Georgiens und der anderen freien Kaukasusrepubliken bringt George Lenczkowski, a. a. O., S. 22 f.

14) Vgl. Bibliothek der Kommunistischen Internationale, Bd. VII, Der I. Kongreß der KI, Hamburg 1921, S. 5, Bibliothek der Kommunistischen Internationale, a. a. O., Bd. I (1920), S. 11.

15) Vgl. G. Nollau, *Die Internationale*, Köln 1959, S. 65.

in die Stadt, von denen die englischen mit einer kurzen Unterbrechung bis Anfang 1920 blieben<sup>19</sup>). Der Rückzug der Briten und die Niederlage von General Denikins Weißer Armee, erleichterten es den Bolschewiki, die Freie Republik von Aserbeidschan zu stürzen. Am 28. April 1920 übernahm die Kommunistische Partei in Baku die Macht. Zwei Tage später landeten sowjetische Kräfte, geführt von Fedor Raskolnikow in Baku. Am gleichen Tage wurde die Sowjetrepublik von Aserbeidschan ausgerufen. Die Weiße Flotte floh in den iranischen Hafen Enzeli (heute Pahlavi) wo sie am 19. Mai 1920 von den Bolschewiki genommen wurde<sup>20</sup>). Die roten Truppen blieben in Enzeli, wo schon seit Sommer 1918 ein lokales bolschewistisches Komitee bestand, und brachten bald die ganze iranische Provinz Gilan (entlang der Südwestküste des Kaspischen Meeres) unter ihre Kontrolle<sup>21</sup>). Auf Proteste Teherans erwiderte die sowjetische Regierung, Gilan sein von Kräften der Sowjetrepublik von Aserbeidschan besetzt, auf die sie keinen Einfluß habe<sup>22</sup>).

Während diese Ereignisse und die Kämpfe in Polen noch andauerten, fand der II. Weltkongreß der Komintern statt (Juli/August 1920). Die Delegierten standen unter dem Eindruck des schwungvollen Vordringens der Bolschewiki und der optimistischen Voraussagen, die Lenins glänzende Schrift „Der Linke Radikalismus — die Kinderkrankheit im Kommunismus“ enthielt:<sup>23</sup>).

„Die Kommunisten müssen wissen, daß die Zukunft auf jeden Fall ihnen gehört, und daher können (und müssen) wir die größte Leidenschaftlichkeit in dem gewaltigen revolutionären Kampf mit der kaltblütigsten und nüchternsten Einschätzung des Tobens der Bourgeoisie verbinden. . . . Aber in allen Fällen und in allen Ländern stählt und entwickelt sich der Kommunismus; er hat so tiefe Wurzeln geschlagen, daß die Verfolgungen ihn nicht schwächen, nicht entkräften, sondern stärken.“

Von weltrevolutionärem Sendungsgefühl bestimmt, stellten die Delegierten ihrer internationalen Kampforganisation die Aufgabe, „mit allen Mitteln, auch mit den Waffen in der Hand“ für den Sturz der internationalen Bourgeoisie zu kämpfen und die Werktätigen der ganzen Welt, einerlei ob weißer, gelber oder schwarzer Hautfarbe zu befreien<sup>24</sup>). Der Kongreß befaßte sich auch mit der „Nationalitäten und Kolonialfrage“, deren Behandlung Lenin durch einen Thesenentwurf vorbereitet hatte<sup>25</sup>). Lenins Vorschlag, aus taktischen Gründen sollten die Kommunisten in den kolonialen und halbkolonialen Gebieten die „bürgerlich-demokratische Freiheitsbewegung“ unterstützen, stieß auf den Widerspruch einiger Delegierter, die doktrinär alle Kräfte bekämpfen wollten, was rechts von den Kommunistischen Parteien stand. An die Spitze derer, die den Wert von Lenins elastischer Taktik nicht erkannten, trat der indische Delegierte Manabendra Nath Roy. Kritisch, wenn auch weniger scharf, äußerte sich der persische Delegierte Sultan Sade. Roy trat dagegen auf, bürgerlich-demokratische Freiheitsbewegung in den kolonialen oder halbkolonialen Ländern zu unterstützen<sup>26</sup>). Er forderte, dort rein kommunistische Bewegungen zu entwickeln.

Roy wandte sich auch gegen die Meinung der Mehrheit der Delegierten, die Revolution in Europa müsse vollbracht werden, bevor die „Stunde der Befreiung der Werktätigen Asiens“ schlagen könne. Nach

seiner Auffassung konnte die Revolution in Europa nur Erfolg haben, wenn die europäischen Kapitalisten durch einen Umsturz in Asien von ihren Profiten aus den halbkolonialen Ländern abgeschnitten würden. Die Kommunistische Internationale habe daher nur eine Aufgabe, die Revolution in Asien zu fördern<sup>27</sup>).

In beiden Punkten setzte jedoch Lenin seine Ansicht durch. Er kam aber in der Formulierung der Resolution Roy entgegen indem er zustimmte, in den „Leitsätzen über die Nationalitäten- und Kolonialfrage“ zu empfehlen, die nationalrevolutionären (statt „bürgerlich-demokratischen“) Freiheitsbewegungen zu unterstützen<sup>28</sup>). Lenins undoktrinäre Taktik ist von der Komintern in den 20er Jahren im Osten wohl nur der chinesischen Kuomintang gegenüber befolgt worden<sup>29</sup>). Weiterentwickelt und erfolgreich angewendet hat Lenins Lehren jedoch erst Mao Tse-tung in seiner Zusammenarbeit mit der nationalen Bourgeoisie<sup>30</sup>).

Von vornherein waren alle Delegierten des II. Weltkongresses in folgenden Punkten einig:

Der Kampf in den kolonialen und halbkolonialen Ländern müsse geführt werden

a) gegen den „reaktionären und mittelalterlichen Einfluß“ der Geistlichkeit, der christlichen Missionen und ähnlicher Elemente;

b) gegen den Panislamismus und die panasiatische Bewegung<sup>31</sup>).

Das Exekutivkomitee der Komintern unternahm auch praktische Schritte, um der kommunistischen Sache in Asien zum Siege zu verhelfen. Noch vor dem II. Weltkongreß wurde zum 1. September 1920 nach Baku ein „Kongreß der Bauern und Arbeiter Persiens, Armeniens und der Türkei“ einberufen. Den Zweck des Kongresses und das Ziel der kommunistischen Arbeit des „Nahen Ostens“ bezeichnet der einladende Aufruf des Exekutivkomitees der Komintern wie folgt:<sup>32</sup>)

„Bauern und Arbeiter des nahen Ostens! Wenn Ihr Euch organisiert, wenn Ihr Euch bewaffnet, wenn Ihr Euch mit der Roten Russischen Arbeiter- und Bauernarmee vereinigt, . . . dann werdet Ihr mit den englischen, französischen, amerikanischen Kapitalisten fertig werden, dann werdet Ihr Eure Unterdrücker los, dann werdet Ihr die Möglichkeit haben, im freien Bündnis mit den Arbeiterrepubliken der Welt für Eure Interessen zu sorgen, dann werden die Reichtümer Eures Landes Euch zufallen. . . .“

Am 1. September müssen in Baku Tausende persischer, türkischer und armenischer Bauern und Arbeiter friedlich versammelt sein zur Befreiung der Völker des nahen Ostens.“

Aus dieser Tagung wurde der „Erste Kongreß der Völker des Ostens“, zu dem sich am 1. September 1920 1891 Delegierte aus zweiunddreißig „Nationen des Ostens“ von Marokko bis zur Mandchurei versammelten. Nach dem Bericht, den Sinowjew am 20. September 1920 dem EKKI-Plenum erstattete, waren 2/3 der Delegierten Kommunisten; 235 Türken; 192 Perser; 157 Armenier und — neu in der Politik des Orients — 44 Frauen nahmen teil<sup>33</sup>). Zu den anwesenden Türken zählte auch der frühere jungtürkische Kriegsminister Enver Pascha, der

19) Vgl. Kazemzadeh, a. a. O., S. 138 u. Major-General L. C. Dunsterville, *The Adventures of Dunsterforce*, London 1920, S. 218 f, George Lenczkowski, a. a. O., S. 22.

20) Vgl. Kazemzadeh, a. a. O., S. 283 f.; Larissa Reißner, Oktober, Berlin 1930 (3. Auflage), S. 161 f.; L. Reißner war die Ehefrau Raskolnikows, der bald darauf als sowjetischer Gesandter nach Afghanistan ging.

21) Vgl. Lenczkowski, a. a. O., S. 52 f., 20.

22) Vgl. Joseph Castagné „Les Organisations soviétiques de la Russie musulmane“, in *Revue du monde musulmane* 1922, S. 111 ff.

23) Diese Schrift ist im Juni 1920, also kurz vor dem II. Weltkongreß, veröffentlicht worden (vgl. W. I. Lenin, *Ausgewählte Werke*, Bd. II, Berlin 1952, S. 745, 757).

24) Vgl. Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1920, S. 5 ff.

25) Vgl. „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage“ in W. I. Lenin, *Ausgewählte Werke*, Bd. II, Berlin 1952, S. 770 ff.

26) Die Unterscheidung in koloniale und halbkoloniale Länder stammt von Lenin (vgl. sein 1917 erschienenes Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, in W. I. Lenin, *Ausgewählte Werke*, Bd. II, Ostberlin 1952, S. 831. Lenin sah Persien und die Türkei als halbkoloniale Länder an.

27) Vgl. Allen S. Whiting, *Soviet Policies in China (1917—1921)*, New York 1954, S. 51, 54.

28) Der Wortlaut der Leitsätze in der vom II. Weltkongreß angenommenen Fassung ist (deutsch) in der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“ Nr. 13 (1920), S. 127 ff., abgedruckt. Die dort (S. 132) wiedergegebenen Ergänzungsthesen sind 1920 irrtümlich im M. N. Roys Urfassung gedruckt worden. Der Irrtum wurde von den Kommunisten erst 1934 bemerkt (vgl. Whiting, a. a. O., S. 56, 295, Anm. 33).

29) Vgl. G. Nollan, *Die Internationale*, a. a. O., S. 85 ff.

30) Vgl. Robert Payne, *Mao Tse-tung*, Hamburg 1951, S. 325 f., und John H. Kautsky, *Moscow and the Communist Party of India*, New York, London, S. 6 ff. über Grundfragen von Maos Taktik.

31) Vgl. Leitsatz Nr. 11 in „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 13, S. 127 ff.

32) Vgl. Bibliothek der Kommunistischen Internationale, Bd. I, Hamburg 1920, S. 367, 371.

33) Jane Degras, *The Communist International 1919—1943*, Bd. I, London—New York—Toronto 1956, S. 105; G. Lenczkowski, a. a. O., S. 6 f.

damals türkische Kräfte zum Kampf gegen Kemal Paschas Regime sammeln wollte<sup>34</sup>).

Das Exekutivkomitee der Komintern hatte den Vorsitzenden seines Präsidiums, Grigori Sinowjew und die Präsidiumsmitglieder Karl Radek und Bela Kun zum Kongreß entsandt<sup>35</sup>). Delegierte der Arbeiterparteien der Kolonialländer waren: Tom Quelch (Großbritannien), Johannes Proost (Niederlande), John Reed (USA) und Alfred Rosmer (Frankreich)<sup>36</sup>). Diese Kominternelite versuchte, durch mitreißende Reden den Glauben an den unaufhaltsamen Sieg des Kommunismus in der Welt zu erwecken und den Haß der Delegierten auf zwei Ziele zu lenken: Die westlichen Imperialisten, insbesondere Großbritannien, und die einheimischen Ausbeuter. Sinowjew wandte sich zwar gegen den Islam, wußte aber die versammelten Moslems so gegen den britischen Imperialismus zu entflammen, daß sein Aufruf zum „Heiligen Krieg“ begeisterten Widerhall fand<sup>37</sup>). Radek griff die „Schahs, Emirs und Khans“ an, Bela Kun hetzte gegen die nationale Bourgeoisie. Die Rolle Sowjetrußlands als Garant des künftigen gemeinsamen Sieges kennzeichnete Radek<sup>38</sup>).

*Sowjetrußland war von Feinden eingeschlossen, aber jetzt kann es Waffen produzieren, mit denen es die Inder, die persischen und anatolischen Bauern, alle Unterdrückten, bewaffnen und sie zum gemeinsamen Kampf und Sieg führen wird.“*

In der Diskussion sagte ein Delegierter aus Turkestan, die Moslems würden die Sowjets nicht verlassen, wenn von ihnen die Besonderheiten der östlichen Völker anerkannt würden und die Sowjetregierung ihre Maßnahmen nicht nur auf dem Papier stehen lasse sondern wirkliche. Der Westen klage die Bolschewiki an, rote Imperialisten zu sein. Sie — die Bolschewiki — sollten ihre Kolonisatoren beseitigen, die unter der Maske des Kommunismus arbeiteten<sup>39</sup>).

Ein Instrument des gemeinsamen Kampfes der Bolschewiki und der Ostvölker sollte der „Rat für Aktion und Propaganda“ sein, der das einzige unmittelbare Ergebnis des Kongresses darstellte. Als Sinowjew die Liste der Kandidaten für diesen „Rat“ dem Kongreß zur Annahme

empfahl, ertönte ein Zwischenruf: „Im Falle von Persien ist es unrichtig“. Er wurde von Sinowjew übergangen. Was der Zwischenrufer meinte, ist ungeklärt. Dachte er an den Kontrast, der zwischen den Freundschaftsbeteuerungen der Kominterndelegierten und den Handlungen der Sowjetregierung bestand, die gerade zur Zeit des Kongresses die iranische Provinz Gilan besetzt hielt (s. o. S. 8)? Oder gehörte er zu den Intellektuellen die aus den sowjetisch besetzten persischen Gebieten zwangsweise zum Kongreß gebracht worden waren?<sup>40</sup>). Die Kandidaten wurden einstimmig gewählt. Der Rat für Aktion und Propaganda sollte ein ständiges Präsidium, darin zwei EKKI-Delegierte, haben und mindestens vier Mal jährlich in Baku zusammentreten. Er sollte ferner eine Zeitung in drei Sprachen herausgeben. Seine Aufgabe war, im Osten Propaganda zu treiben und die lokalen Freiheitsbewegungen einigen<sup>41</sup>).

Sicherlich waren alle Delegierten nur in einem Punkte einig, im Haß auf den westlichen, insbesondere den britischen Imperialismus. Jedoch dürften — damals 1920 — nur wenige der Moslemdelegierten so frei von traditionellen orientalischen Vorstellungen gewesen sein, daß sie Sinowjews Ablehnung des Islam und Radeks Angriffe auf überlieferte morgenländische Regierungsformen mit Begeisterung hätten aufnehmen können. Soweit Bela Kun die nationale Bourgeoisie der Ostvölker angegriffen hatte (wohlgemerkt: ohne von Sinowjew oder Radek kritisiert worden zu sein!), befand er sich im Widerspruch zu den Leitsätzen des II. Weltkongresses der Komintern „über die Nationalitäten- und Kolonialfrage“, die auf Lenins Betreiben empfohlen hatten, mit der nationalen Bourgeoisie zusammenzuarbeiten<sup>42</sup>). Kun hatte sich schon in den Kämpfen um Ungarn als linker Bolschewiki gezeigt. Kurz nach dem Kongreß von Baku wurde er als Kominternbeauftragter nach Deutschland gesandt, wo er für das Scheitern der linksrevolutionären, putschistischen Märzaktion von 1921 verantwortlich war. Paul Levi, damals 1. Vorsitzender der VKPD spielte offenbar auf Kuns Gastrolle im Osten an, als er ihn einen „Turkestaner“ nannte<sup>43</sup>). In der starren Kampfesrichtung der führenden Kominternfunktionäre gegen alle Traditionen der Ostvölker liegt sicher eine (nicht die einzige!) Ursache des Scheiterns der kommunistischen Ostpolitik in den zwanziger Jahren.

## Eine Sowjetrepublik auf iranischem Gebiet (Gilan)

Als Raskolnikow mit der Roten Flotte am 19. Mai 1920 in dem iranischen Hafen Enzeli landete, traf er dort Vertreter eines lokalen bolschewistischen Komitees, dem teils demobilisierte russische Soldaten, teils in Enzeli ansässigen Russen angehörten<sup>44</sup>). Erheblich über Enzeli hinaus erstreckte sich der Einfluß Mirza Kuchik Khans, mit dem Raskolnikow bald nach seiner Landung zusammenkam. Kuchik Khan hatte etwa seit 1915 in der Provinz Gilan aufrührerisch gewirkt. Sein Kampf richtete sich sowohl gegen die in Iran herrschende soziale Ordnung als auch gegen ausländische, besonders britische Einflüsse. Seine Kampfmethoden unterschieden sich kaum von denen eines Räuberhauptmanns. Die Festnahme von Geiseln, um Lösegelder von ihnen zu erpressen, gehörte zur ständigen Praxis der Banden Kuchik Khans<sup>45</sup>). Eingedenk der „Expropriation“ (Bankraube), mit denen sich die Bolschewiki vor der Oktoberrevolution die Mittel verschafft hatten, ihre Bewegung zu unterhalten, stieß sich Raskolnikow nicht an den Finanzierungsmethoden Kuchik Khans<sup>46</sup>). Er handelte offenbar in Stalins Auftrag, als er wenige Tage nach dieser Zusammenkunft in Rescht die Persische So-

zialistische Sowjetrepublik ausrufen ließ. Unter den sowjetischen Spitzenfunktionären herrschten offenbar geteilte Meinungen über dieses Unternehmen. Der Volkskommissar Tschitscherin sprach gegenüber Louis Fischer spöttisch von „Stalins Sowjet Republik Gilan“<sup>47</sup>). Die Republik erstreckte sich in einer Länge von etwa 300 km und einer Tiefe von 70–100 km entlang der Südwest-Küste des Kaspischen Meeres, deckte sich also etwa mit dem Gebiet der iranischen Provinz Gilan. Ihre Regierung entstand aus einer Koalition der „persischen Revolutionäre“ Kuchik Khans (außer ihm beteiligten sich Hasan Khan, Khalu Qurban und Ekhsanulla Khan) und einiger Kommunisten, die Raskolnikow mitgebracht hatte<sup>48</sup>). Von ihnen erhielt Dschafar Pishewari das Innenkommissariat. Pishewari hatte unter dem Namen Sultan Sade schon am I. Weltkongreß der Komintern teilgenommen und spielte sowohl weiter in der Komintern eine Rolle als auch in der autonomen Republik von Aserbeidschan, die 1945 errichtet wurde. Einige Sowjetrussen wirkten als Berater der Regierung von Gilan, unter ihnen Jakob Blumkin, der auf Befehl des Zentralausschusses der Sozialrevolutionären Partei am 6. Juli 1918 den deutschen Botschafter in Moskau, Graf Mirbach ermordet hatte<sup>49</sup>).

34) Vgl. Charles Warren Hostler, *Turkism and the Soviets*, London und New York 1957, S. 154 f. Enver Pascha wandte sich später bei dem Versuch, zentralasiatische Turkstämme von der sowjetischen Herrschaft zu befreien, gegen die UdSSR. Bei diesen Kämpfen kam er im August um (Hostler, a. a. O., S. 155).

35) Vgl. G. Nollau, *Die Internationale*, a. a. O., S. 104.

36) Vgl. Alfred Rosmer, *Moscou sous Lenine*, Paris 1953, S. 125 f.

37) Vgl. Louis Fischer, *The Soviets in World Affairs*, Bd. I, 1951, S. 283 f. Fischer dürfte von Karl Radek den Verlauf des Kongresses geschildert bekommen haben (a. a. O., S. IX).

38) Vgl. „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 13, S. ???

39) Jane Degras, a. a. O., S. 105.

44) Vgl. Kazemzadeh, a. a. O., S. 133 und Lenczkowski, a. a. O., S. 18.

45) Vgl. Lenczkowski, a. a. O., S. 54.

46) Vgl. David Shub, *Lenin*, Wiesbaden, 1957, S. 118.

40) Hierzu G. Lenczkowski, a. a. O., S. 8 f.

41) Jane Degras, a. a. O., S. 105/6, über das weitere Schicksal des „Rates“ s. u. S. 24.

42) Siehe oben, S. 9.

43) Vgl. Paul Levis Broschüre „Unser Weg“, Berlin 1921, S. 33, 54 und G. Nollau, *Die Internationale*, a. a. O., S. 61 f.

47) Vgl. Louis Fischer, *The Soviets in World Affairs*, Bd. I, Princetown 1951, S. XVI.

48) Vgl. Lenczkowski, a. a. O., S. 57.

49) Vgl. David Shub, *Lenin*, a. a. O., S. 367, Alexander Barmine, *Einer, der entkam*, Wien 1951, S. 165 (Damals war in der SU die sozialrev. Partei noch zugelassen).

In einem Telegramm an „den Genossen Lenin, R. S. F. S. R.“, erbat Kuchik Khan die Hilfe Lenins und aller Sozialisten, die zur III. Internationale gehörten, bei der Befreiung vom Joch der persischen und englischen Unterdrücker. Er habe den festen Glauben, so ließ er Lenin wissen, daß die ganze Welt bald von dem idealen System der III. Internationale regiert werden würde<sup>50</sup>). Im Laufe des Jahres 1920 konnte die junge Sowjetrepublik ihr Gebiet noch bis in die iranische Provinz Mazanderan (Südufer des Kaspischen Meeres) ausdehnen<sup>51</sup>). Jedoch wurde sie trotz ihrer Enteignungsmaßnahmen, die sich gegen die Großgrundbesitzer richteten, von der bäuerlichen Bevölkerung nicht aktiv unterstützt<sup>52</sup>).

Während die „Persische Sozialistische Sowjetrepublik“ sich mit Hilfe der Russen ausbreitete, verhandelten Vertreter Irans in Moskau über gegenseitige diplomatische Anerkennung. Im Herbst 1920 erkannten die Mächte sich gegenseitig an, daher ernannte die Sowjetregierung Theodore A. Rothstein zum sowjetischen Botschafter in Teheran. Inzwischen waren in Moskau Verhandlungen über einen Vertrag im Gange der die iranisch-sowjetischen Beziehungen normalisieren sollte. Dabei behaupteten die Sowjetrussen immer wieder, in der Provinz Gilan seien nicht sowjetische Kräfte gelandet und tätig, sondern Angehörige des Freien Aserbeidschan, auf die sie keinen Einfluß hätten. Der Vertrag wurde am 26. Februar 1921 abgeschlossen. Die Sowjetregierung erkannte darin die Grenzen von 1881 an. Sie bestätigte damit, was für Iran von Bedeutung war, daß die „Persische Sozialistische Sowjetrepublik“ auf iranischem Boden errichtet war. In den Vertrag wurde jedoch der Wunsch der Sowjetregierung aufgenommen, daß Rußland das Recht haben sollte, zu seiner Verteidigung Truppen nach Persien zu senden, wenn eine dritte Macht eine Aneignungspolitik durch bewaffnete Interventionen in Persien treiben oder Rußland von einer persischen Basis bedrohen und Persien unfähig sein würde, das zu verhindern<sup>53</sup>). Diese Vertragsklausel hat die Sowjetregierung seitdem immer wieder benutzt, um Iran politisch unter Druck zu setzen. Zuletzt versuchte sie, den Abschluß des Beistandspaktes von Iran und den USA im Frühjahr 1959 mit der Drohung zu verhindern, der Pakt eröffne der Sowjetunion die Möglichkeit, gemäß dem Abkommen vom 26. Februar 1921 Truppen nach Iran zu senden.

Zur Zeit des Vertragsschlusses richtete sich diese Klausel gegen Großbritannien, das noch kleine Truppenkontingente in Iran unterhielt. Schließlich zogen die letzten dieser Einheiten im Mai 1921 ab<sup>54</sup>). Die

sowjetischen Unterhändler, sowohl der Volkskommissar Georgi W. Tschitscherin als auch sein Stellvertreter Leo Karakhan hatten wiederholt erklärt, sobald die britischen Truppen Iran verlassen hätten, würden auch die russischen zurückgezogen werden. Im Frühjahr 1921 befanden sich nur ganz unbedeutende britische Kontingente noch auf iranischem Gebiet.

Mit Rothstein gewann ein Gegner der Sowjetrepublik Gilan Einfluß auf das persisch-russische Verhältnis. Bevor er sich durchsetzen konnte, begannen jedoch Kuchik Khans Kräfte, im Juni 1921 auf Teheran vorzurücken. Sie wurden von Reza Khans Iranischer Kosaken-Division aufgehalten. Im Juli gingen neue sowjetische Truppen in Enzeli an Land<sup>55</sup>). Schließlich konnten Rothstein und der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, Lenin dazu bestimmen, den Rückzug der sowjetischen Truppen anzuordnen, der bis September 1921 beendet wurde. Die Banden Kuchik Khans waren ohne sowjetische Hilfe außerstande, der iranischen Armee zu widerstehen. Die sowjetische Behauptung, nur aserbeidschanische Kräfte unterstützten die Sowjetrepublik Gilan, wurde mit dem Vordringen der iranischen Armee widerlegt: Sie brachte russische Soldaten aus der Gegend von Tula als Gefangene ein<sup>56</sup>). Die Reste der „Persischen Sozialistischen Sowjetrepublik“ waren schon im Oktober beseitigt. Kuchik Khan floh in die Wälder. Auch sein Ende war das eines Räuberhauptmanns. Einer der Bande schnitt ihm den Kopf ab, der nach Teheran gebracht wurde. Verschiedene Gründe dürften die Sowjets veranlaßt haben, ihre iranische Republik kampflos preiszugeben. Rothstein und Tschitscherin hielten Lenin vor, der Versuch, eine bolschewistische Revolution in Iran herbeizuführen, werde die Briten veranlassen einzugreifen, die dann als Retter Persiens betrachtet werden könnten<sup>57</sup>). Daneben stand das Bestreben, durch Einhalten des Freundschaftsvertrages mit Iran vom Februar 1921 bei den Moslem-Staaten den Eindruck zu festigen, das sowjetische Rußland sei ihnen freundschaftlich gesonnen. Bei allen Überlegungen wirkte die sowjetische Auffassung jener Jahre mit, zuerst müsse die Revolution im „fortgeschrittenen“ Europa herbeigeführt werden, ehe die unterdrückten asiatischen Völker befreit werden könnten. Die Komintern konzentrierte in jenen Jahren ihre Kräfte auf Deutschland. Sinowjew reiste alsbald nach dem Kongreß der Völker des Ostens nach Halle (USPD-Parteitag, Oktober 1920). Sowohl Radek als Kun weilten 1921/23 längere Zeit als Kominternbeauftragte in Deutschland<sup>58</sup>).

## Der Kommunismus in Iran zu Anfang der zwanziger Jahre

Die erste Vereinigung iranischer Kommunisten (Adalat-Gerechtigkeit) entstand nach der Oktoberrevolution von 1917 in Baku, wo tausende iranischer Arbeiter in der Ölindustrie beschäftigt waren. Ihr Führer war Haidar Khan Am Oglu. Die Adalat umfaßte bald 6 000 Mitglieder. Ihr Einfluß erstreckte sich bis auf iranisches Gebiet, wo Beauftragte Haidar Khans lokale Komitees z. B. in Täbris und Teheran gründeten. Die Komitees arbeiteten wegen drohender Exekutivmaßnahmen im Verborgenen. Sobald aber die „Persische Sozialistische Sowjetrepublik“ ausgerufen war, traten die Kommunisten im Gebiet von Gilan offen auf. Sie veranstalteten am 23. Juli 1920 in Enzeli ihren ersten Kongreß, zu dem 48 Delegierte aus verschiedenen Orten Persiens zusammenkamen. Der Kongreß beschloß, den Namen „Adalat“ durch „Iranische Kommunistische Partei“ zu ersetzen. Das neue Zentralkomitee entschied, jedes ZK-Mitglied solle künftig zwei bis drei Monate „illegal in jenen Gegenden arbeiten, wo einstweilen noch die englischen

Imperialisten herrschen“<sup>59</sup>). Sultan Sade behauptete, die Partei habe in Persien etwa 10 000 Mitglieder, die über das ganze Land verstreut seien. Besondere Sympathie genieße die Partei bei den Kosaken und Gendarmen, die hauptsächlich aus verhungerten, landlosen Bauern rekrutiert seien. Die persische Kommunistische Partei bilde auf Partischulen aktive Mitarbeiter aus und mobilisiere ihre Mitglieder auch für militärische Zwecke. Sie werde — so prophezeite Suldan Sade — die entscheidende Rolle in der revolutionären Bewegung Persiens spielen.

Auf sowjetischer Seite wurde klar erkannt, welche Bedeutung Iran für den Sieg des internationalen Kommunismus hatte. So schreibt z. B. der bolschewistische Schriftsteller K. Trojanowsky schon 1818<sup>60</sup>):

„Indien ist unser Hauptziel. Persien bietet dorthin den einzigen Weg der offen ist. Persien ist der Suezkanal der Revolution . . . Persien muß unser sein; Persien muß der Revolution gehören.“

Demzufolge spielte Persien in allen bolschewistischen Veröffentlichungen jener Jahre, die sich mit dem Kommunismus im Orient befaßten,

50) Wortlaut bei G. Lenczkowski, a. a. O., S. 57, zitiert nach einem Artikel von R. Abikh, „Nationale und Revolutionäre Bewegungen in Persien“, der auf den Erinnerungen Ekhsanullah Khans fußt, in der sowjetischen Zeitschrift „Neuer Osten“, XXIX, S. 106.

51) Vgl. Georges Ducrocq, Revue du monde musulman, Dezember 1922, S. 84 ff.

52) Vgl. Lenczkowski, a. a. O., S. 58.

53) Vgl. den Wortlaut dieses Artikels 6 des Vertrages bei Lenczkowski, a. a. O., S. 317 und Hoskins, Halford L., The Middle East, New York 1954, S. 168.

54) Vgl. G. Lenczkowski, a. a. O., S. 59.

55) Vgl. Lenczkowski, a. a. O., S. 59.

56) L. Fischer, The Soviets in World Affairs, Bd. I, 1951 S. XVI.

57) Vgl. Louis Fischer, The Soviets in World Affairs, Bd. I, 1951, S. 430.

58) Vgl. G. Nollan, Die Internationale, a. a. O., S. 62, 70.

59) Vgl. Sultan Sade's Bericht in „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 13 (1920), S. 184 f.

60) Zitiert bei Aurelio Palmieri, La politica asiatica dei Bolscewichi, Bologna 1924, S. 173 ff.

eine erhebliche Rolle. Der Arbeiter und Bauern Persiens wurde gedacht: Im Manifest des ersten Weltkongresses der Komintern vom März 1919, im Aufruf des EKKI „an die unterdrückten Volksmassen Persiens, Armeniens und der Türkei“ vom Juli 1920, in Sinowjews Rede auf dem Kongreß der Völker des Ostens (September 1920) und schließlich in zahlreichen Veröffentlichungen der Komintern<sup>61</sup>). Die iranischen Kommunisten waren auf den Weltkongressen der Komintern durch Sultan Sade und andere vertreten. Sultan Sade gehörte zu den EKKI-Vollmitgliedern, die vom II. Weltkongreß gewählt worden waren. Zwischen dem III. und IV. Weltkongreß (1922) hatte er als EKKI-Mitglied nur noch beratende Stimme<sup>62</sup>). Die iranische Delegation (192 Mitglieder) war die zweitstärkste des Kongresses der Völker des Ostens (Baku 1920). In das Präsidium dieses Kongresses wurden zwei iranische Kommunisten (Sultan Sade und Haidar Kahn) gewählt. Beide gelangten auch in den „Rat für Aktion und Propaganda“, den der Kongreß von Baku bildete<sup>63</sup>). Die „Universität für die Werktätigen des Ostens“, 1921 gegründet, und ihre Zweiganstalten in Baku und Taschkent wurden von zahlreichen persischen Kommunisten besucht<sup>64</sup>). Mit geschichtlichen Fragen, aber auch mit der politischen Lage in Iran befaßte sich die Wissenschaftliche Gesellschaft der Orientalisten Rußlands, die dem Volkskommissariat für Nationale Angelegenheiten unterstand. Die Gesellschaft veröffentlichte die Zeitschrift „Neuer Osten“, deren Herausgeber Michael Pawlowitsch war. Sie richtete in Teheran eine Zweigstelle ein. Einer ihrer Sachverständigen für Persien, Tardow, wurde als Sowjetischer Generalkonsul nach Isfahan gesandt.

Trotz alledem erlitt die Iranische Kommunistische Partei bald nach der Liquidation der Sowjetrepublik Gilan schwere Rückschläge. Sultan Sade gab 1922 zu, die Parteifunktionäre hätten zahlreiche Irrtümer begangen und seien untereinander in Streitigkeiten geraten. Das Exekutivkomitee der Komintern mußte energisch intervenieren, um den Frieden wieder herzustellen. Das mag gelungen sein, aber die Mitgliederzahl war von 10 000, die Sultan Sade zur Zeit der Gründung für die Partei in Anspruch genommen hatte, innerhalb von zwei Jahren auf 1 500 gesunken<sup>65</sup>). Ähnliche Erscheinungen waren im Nahen und Mittleren Osten gleichfalls zu beobachten, wo z. B. in Ägypten und der Türkei die kommunistischen Parteien in dieser Zeit zur Bedeutungslosigkeit herabsanken. Diese Entwicklung geht nicht allein auf scharfe polizei-

liche Maßnahmen zurück, die in diesen Ländern angewandt worden sind. Das Scheitern der kommunistischen Politik jener Jahre im Mittleren Osten ist in erster Linie durch eine verfehlte Taktik der Kommunisten verursacht worden. Doktrinär marxistisch gesinnt, versuchten die kommunistischen Funktionäre proletarische Massenparteien zu schaffen, obwohl deren Voraussetzung, ein Industrieproletariat, in diesen asiatischen Staaten nicht vorhanden war. Die wenigen aktiven Kommunisten bekämpften radikal alle religiösen, sozialen und politischen Institutionen und wurden dadurch völlig isoliert<sup>66</sup>). Nirgends im Mittleren Osten unterstützten die Kommunisten in jenen Jahren die „revolutionären Freiheitsbewegungen“, also die bürgerlich-demokratischen Kräfte. Dem elften der Leitsätze des II. Weltkongresses der Komintern wurde also nicht entsprochen. In Iran stand der Zusammenarbeit nationaler Kräfte, auch soweit sie revolutionär waren, mit den Kommunisten im Wege, daß diese mit den Sowjetrussen gemeinsam die „Persische Sozialistische Sowjetrepublik“ von Gilan gegründet hatten. Aus der Politik Sowjetrußlands, der Schutzmacht der Kommunisten, insbesondere aus der Anwesenheit sowjetischer Truppen auf iranischem Boden entnahmen nationale Kreise, daß die Rote Armee sich zwar durch ihre Rote Fahne, nicht aber durch ihre Absichten von den Truppen anderer imperialistischer Mächte unterschied.

Der „Heilige Krieg“, zu dem sich die Delegierten des „Kongresses der Völker des Ostens“ verschworen hatten, fand nicht statt. Der „Rat für Aktion und Propaganda“ entfaltete keine nennenswerte Tätigkeit und bestand nur etwa ein Jahr<sup>67</sup>). Schon damals verbot das nationale russische Interesse (der Wunsch, die wirtschaftliche Notlage durch Handelsverträge mit den kapitalistischen Staaten zu überwinden), die Politik von Baku fortzusetzen. Im britisch-sowjetischen Handelsvertrag von März 1921 verpflichtete sich Sowjetrußland sogar, seine propagandistischen Angriffe auf Großbritannien einzustellen<sup>68</sup>). Zu dieser Zurückhaltung haben auch die schweren Rückschläge beigetragen, die die Komintern seit dem II. Weltkongreß hatte hinnehmen müssen (August 1920 Niederlage vor Warschau, März 1921 Niederlage in Deutschland). Der III. Weltkongreß der Komintern (Juni/Juli 1921) erkannte deshalb an, daß die revolutionäre Welle der Jahre 1917/21 den Kapitalismus nicht hinweggeschwemmt und das Tempo der Weltrevolution sich verlangsamt habe<sup>69</sup>).

## Die iranischen Kommunisten unter Reza Schah

In Iran verlangsamte sich das Tempo der Revolution nicht nur. Die Bewegung wurde sogar rückläufig. Im Gegensatz zu den hitzigen Debatten, die auf dem 11. Weltkongreß der Komintern über die Taktik in den kolonialen Gebieten geführt wurden, hatten schon die Delegierten des III. Weltkongresses (Juni/Juli 1921) über die kommunistische Arbeit im Nahen Osten nur zu sagen, die weitgehende Agitationstätigkeit werde begrüßt, nun müßten die Kommunisten in diesen Ländern ihre Organisationsarbeit verstärken<sup>70</sup>). In Iran standen einer wirksamen Organisationsarbeit der Kommunisten harte Maßnahmen entgegen, die Reza Khan ergriff, sobald er Einfluß auf die iranischen Staatsgeschäfte nehmen konnte. Reza stieg vom Befehlshaber der iranischen Kosakendivision (1920) zum Ministerpräsidenten auf (1923), beseitigte schließlich die schwache Kadscharendynastie (1925) und übernahm selbst die königliche Gewalt.

Die sowjetische Regierung verhielt sich Reza Schah gegenüber nicht unfreundlich. Er wurde von sowjetischen Schriftstellern als „Plebejer“

und „früherer Landser“ betrachtet. Anfänglich bezeichnete die herrschende Meinung in der Sowjetunion, deren Wortführer Fedor Raskolnikow war, seinen Staatsstreich als bürgerlich-demokratische Revolution und sah darin eine willkommene Umformung der iranischen Gesellschaft. Daher stimmte damals der „Nationale Block“, eine politische Gruppe, die mit kommunistisch beeinflussten Gewerkschaften zusammenarbeitete, im iranischen Parlament, der Majlis, dafür, Reza als Schah von Iran anzuerkennen<sup>71</sup>). Reza Schah dagegen hatte das Wirken der Kommunisten bei der Gründung der Sowjetrepublik Gilan beobachtet. Er betrachtete die Tätigkeit von subversiven kommunistischen Gruppen als eine Gefahr für die Einheit Irans. Durch scharfe Gegenmaßnahmen unterdrückte er kommunistische Organisationen sowie ihre Presse und löste die unabhängige Gewerkschaften auf. Die kommunistische Partei konnte nur illegal arbeiten. Ihr Hauptquartier mußte nach Baku verlegt werden<sup>72</sup>).

Dieser Lage entsprechend wurden die Probleme der kommunistischen Tätigkeit im Nahen und Mittleren Osten auf dem IV. (1922) und V. Weltkongreß (1924) der Komintern als drittrangig behandelt. Die Re-

61) Siehe oben S. 6, 12, ferner „Die Kommunistische Internationale“ (1920), Nr. 13, S. 184.

62) Vgl. The Communist International 1919–1943, Documents, selected and edited by Jane Degras, Bd. I 1919–1922, 1956, S. 453 f.

63) Siehe oben S. 12.

64) Vgl. Stalin, Werke, Bd. 7 (Stuttgart 1953, S. 115), Alexander Barmine, Einer, der entkam, S. 149 und Iwan Korostowetz, Von Tschingiskhan zur Sowjetrepublik, Berlin 1926, S. 323.

65) Vgl. „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 13 (1920), S. 185 und Sultan Sade in seinem 1922 erschienenen Buch „Zeitgenössisches Persien“, zitiert bei G. Lenczkowski, a. a. O., S. 101.

70) Vgl. Resolution zum Bericht des Exekutivkomitees der Komintern, abgedruckt in Bibliothek der Kommunistischen Internationale, Bd. XX (1921), S. 6.

66) Siehe oben S. 12 f. (Baku-Kongreß) und Walter Z. Laqueur, Communism and Nationalism in the Middle East, London 1956, S. 271.

67) Vgl. Josef Stalin, Der Marxismus und die Nationale und Koloniale Frage, Berlin 1950, S. 405, Anm. 39.

68) Vgl. L. Fischer, a. a. O., S. 296.

69) Vgl. III. Weltkongreß, Thesen zur Weltlage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale in „Bibliothek der Kommunistischen Internationale“, Bd. XX, Hamburg 1921, S. 9.

71) Vgl. Lenczkowski, a. a. O., S. 105.

72) Vgl. G. Lenczkowski, a. a. O., S. 105, Jane Degras, a. a. O., Bd. I, S. 106.

solution des IV. Weltkongresses über die Taktik der Kommunistischen Internationale widmet der Arbeit in den kolonialen und halbkolonialen Ländern nur wenige Zeilen, in denen der Kern der Leitsätze des II. Weltkongresses „über die Nationalitäten und Kolonialfrage wiederholt wird“ (Unterstützung der nationalrevolutionären Bewegung<sup>73</sup>). Auf dem V. Weltkongreß (1924) betonte das EKKI, wie wichtig es sei, die revolutionären Befreiungsbewegungen der Kolonialvölker zu gewinnen, mußte jedoch zugeben, daß in dieser Hinsicht „die kommunistische Arbeit noch überall sehr schwach“ sei<sup>74</sup>). In den Thesen zur Taktik des gleichen Weltkongresses wurde eingestanden, die Aufmerksamkeit der Komintern sei allzusehr vom Westen in Anspruch genommen. In Indien, Japan, China und der Türkei (Persien wurde nicht einmal genannt) seien „erste Keime“ kommunistischer Bewegungen entstanden. Nun müsse die Komintern im Osten aktiver werden. Das EKKI hatte schon vor dem V. Weltkongreß größere Aktionen im Osten eingeleitet. Ihre Tätigkeit richtete sich aber nicht auf den Mittleren Osten, sondern gegen China, wo Michael Borodin im September 1923 eingetroffen war, um China durch Ausnützen einer „national-revolutionären“ Bewegung, der Koumintang, für die Kommunisten zu erobern<sup>75</sup>). In dieses Unternehmen wurden von der Komintern riesige finanzielle und personelle Mittel investiert<sup>76</sup>). Obwohl Borodins Versuch scheiterte, waren für Persien in diesen Jahren (1923–1925) weder Kräfte verfügbar, noch lud die Lage (Gegenmaßnahmen Reza Schahs) zu besonderer Aktivität ein. Aktives Vorgehen der Komintern an der Südflanke Rußlands hätte auch den sowjetischen Interessen nicht entsprochen.

Die Sowjetunion wollte damals keine Spannungen in den Beziehungen zu den Ländern entstehen lassen, die an ihre Südflanke grenzten. 1926/27 waren die britisch-sowjetischen Beziehungen in ein kritisches Stadium geraten. Großbritannien sah seine Interessen durch den sowjetischen Anteil an der englandfeindlichen Entwicklung in China verletzt. Die Regierung Stanley Baldwins erhob den Vorwurf, sowjetische Kräfte hätten den britischen Generalstreik vom Mai 1926 unterstützt und sich damit in britische Verhältnisse unzulässig eingemischt. Die Spannungen verschärfte sich, als die britische Regierung die sowjetische Handelsdelegation in London besetzen und durchsuchen ließ (12. Mai 1927). Am 26. Mai 1927 brach die britische Regierung die Beziehungen zur Sowjetunion ab. Im Oktober 1927 verlangte auch die französische Regierung, der sowjetische Botschafter in Paris, Christian Rakowsky, solle abberufen werden. Diese Ereignisse ließen in Moskau die Sorge entstehen, ein anti-sowjetischer Krieg könnte ausbrechen<sup>77</sup>). Schon in der vorhergehenden Spannungszeit hatte die Sowjetunion die Beziehungen zu ihren südlichen Nachbarn durch den sowjetisch-türkischen Vertrag vom 17. Dezember 1925 und das Abkommen mit Afghanistan vom 31. August 1926 gefestigt. Der Abbruch der britisch-sowjetischen Beziehungen beschleunigte die Verhandlungen der Sowjetunion mit Iran, die schließlich am 1. Oktober 1927 in Moskau zum Abschluß von sechs Vereinbarungen führten (Nichtangriffs- und Neutralitätspakt, Handelsvertrag, Zollabkommen, Fischereivertrag usw.<sup>78</sup>).

Die Verfolgungen, denen Irans Kommunisten in dieser Zeit ausgesetzt waren, hielten die Sowjetunion nicht ab, diese Verträge zu schließen, ebensowenig wurden die türkisch-sowjetischen Beziehungen durch die scharf antikommunistische Haltung beeinträchtigt, die Kemal Pascha einnahm<sup>79</sup>). Das nationale sowjetische Interesse gebot zu dieser Zeit, die Beziehungen zu den südlichen Nachbarn zu sichern. Demgegenüber trat der internationalistische Gesichtspunkt zurück, den verfolgten Proletariern jener Länder brüderlich zu helfen.

Das nationale sowjetische Interesse wirkte sich auch auf dem VI. Weltkongreß der Komintern aus (17. Juli bis 1. September 1928). In den

„Thesen über die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und Halbkolonien“ ist von der Lage der Kommunisten in der Türkei und Persien mit keinem Wort die Rede<sup>80</sup>). Die Delegierten der iranischen Kommunistischen Partei Sultan Sade und Schareki baten in der Kolonialen Kommission des Kongresses vergeblich darum, in den Thesen näher zu erläutern, wie die persischen Kommunisten angesichts der besonderen Bedingungen in ihrem Lande vorgehen sollten. Schareki erhielt zwar eine Anerkennung, insofern er in die Internationale Kontrollkommission aufgenommen wurde, aber auch die endgültige Fassung der Thesen enthielt kein Wort über die in Iran einzuschlagende Taktik, obwohl in der Komintern durch einen besonderen Instrukteur, den sie nach Teheran gesandt hatte, die chaotischen Zustände bekannt geworden waren, die in der persischen Partei herrschten<sup>81</sup>). Dagegen gab der Kongreß eingehende Empfehlungen für die chinesischen und indischen Kommunisten und selbstverständlich für Westeuropa, wo im Zeichen der heranahenden Wirtschaftskrise eine revolutionäre Tätigkeit der Kommunisten bevorstand.

Die sowjetische Zurückhaltung gegenüber Iran beruhte auf taktischen Gründen, sie war kein Zeichen echter Freundschaft, die zwischen der Monarchie Reza Schahs und dem „Vaterland der Werktätigen“ nicht bestehen konnte. Wenn auch die Sowjetunion vorübergehend darauf verzichten mußte, eine offensive auswärtige Politik gegenüber Iran zu betreiben, so setzte sie doch die „normalen“ Operationen gegenüber dem Nachbarstaat fort. Von 1927 bis 1930 war George Agabekow als Attaché der sowjetischen Botschaft in Teheran zugeteilt. Er sollte als Vertreter (Resident) der sowjetischen Geheimpolizei (OGPU) im Iran dessen Unternehmungen leiten und intensivieren. In seinen Memoiren hat Agabekow berichtet, womit er sich zu befassen hatte<sup>82</sup>). Die OGPU arbeitete einmal gegen Emigranten aus den Transkaukasischen Gebieten (z. B. gegen die Daschnaks [armenische Sozialdemokraten] und Musavats [aserbeidschanische Sozialdemokraten] und weißgardistische Exilgruppen [z. B. die „Bruderschaft der Russischen Wahrheit“]), wobei sie versuchte, die Verbindungen dieser Organisationen in die Sowjetunion zu ermitteln. Außerdem befaßte sich die OGPU in Iran damit, Nachrichten über die Vertretungen anderer Staaten in Iran zu gewinnen. Agabekow behauptet zum Beispiel, Einblick in die Post des britischen Militärattachés Major W.A.K. Fraser gehabt zu haben. Mit OGPU-Hilfe wurden Agitatoren und Waffen von der Sowjetunion durch Khorassan und Beluchistan nach Indien geschleust. Die OGPU berichtete über die Anglo-Iranische Ölgesellschaft und versuchte, iranische militärische Geheimnisse auszuspähen<sup>83</sup>). Die sowjetische Geheimpolizei bemühte sich auch, Einfluß bei den Stämmen in Südiran zu gewinnen, offenbar um den starken britischen Einfluß in Südiran zu begegnen. Ferner wurde im Jahre 1927 auf sowjetischer Seite mit dem Plan gespielt, eine kleine „unabhängige“ Kurdenrepublik in der Sowjetunion zu errichten, die auf die Kurden in Iran, Irak und der Türkei anziehend wirken sollte. Der Plan wurde aufgegeben, weil das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten befürchtete, die Beziehungen zu Iran und der Türkei könnten sich verschlechtern. Statt dessen trieb der Vertreter der OGPU in Täbris, Minossian, eine intensive pro-sowjetische Propaganda unter den Kurdenstämmen<sup>84</sup>). Diese gesamte OGPU-Tätigkeit erweckte den Eindruck, Persien sei von einem Netz sowjetischer Agenten überzogen. Ein damaliger amerikanischer Besucher schrieb<sup>85</sup>:

„In Persien mischt sich die Sowjetunion in einem Maße ein, das in Westeuropa oder Amerika unglaublich wäre. Russische Agenten sind überall . . .“

Sheean würde sich zweifellos anders ausgedrückt haben, wenn er gewußt hätte, in welchem Umfange die Komintern und die sowjetische

73) Vgl. Resolution des IV. Kongresses über die Taktik der Komintern in: Bibliothek der Kommunistischen Internationale, Bd. 35, Hamburg 1923, S. 161; s. o. S. 10.

74) Vgl. Resolution des V. Kongresses zum Bericht des EKKI in: Thesen und Resolutionen der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1924, S. 10.

75) Vgl. Louis Fischer, *The Soviets in World Affairs*, a. a. O., Bd. 2, S. 636.

76) Vgl. G. Nollan, *Die Internationale*, a. a. O., S. 86.

77) Vgl. Louis Fischer, *The Soviets in World Affairs*, a. a. O., S. 862, 715, 741.

78) Vgl. George Lenczkowski, a. a. O., S. 91 ff.

79) Vgl. Louis Fischer a. a. O., Bd. 2, S. 729.

80) Vgl. „Thesen über die rev. Bewegung in den Kolonien und Halbkolonien“ in Protokoll des VI. Weltkongresses der Komintern, Hamburg 1928, Bd. IV, S. 154 ff. 209.

81) Vgl. George Agabekow, OGPU, *The Russian Secret Terror*, New York 1934, S. 111 f.

82) Vgl. hierzu und für das weitere George Agabekow, OGPU, *The Russian Secret Terror*, New York 1931, S. 73 ff.

83) Vgl. Agabekow, a. a. O., S. 83 ff.

84) Vgl. Agabekow, a. a. O., S. 97.

85) Vincent Sheean, *The New Persia*, New York und London 1927, S. 212.

Nachrichtendienste damals in Westeuropa tätig waren, wohin sich ihr Hauptinteresse richtete.

Bis 1934 hatte die Sowjetunion die Völker Asiens zum Kampf gegen einen gemeinsamen Gegner, den westlichen, insbesondere den britischen Imperialismus, zu gewinnen versucht. Schon in diesem Jahr (Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund), noch eindeutiger 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Komintern zeigte sich, daß die Sowjetunion die Offensive eines neuen Gegners, des Faschismus, befürchtete. Anders als der westliche Imperialismus war die faschistische Hauptmacht, war Deutschland „keine Kolonialmacht“. Viele Asiaten erinnerten sich mit einer gewissen Sympathie Deutschlands, des Gegners Großbritanniens aus dem Weltkrieg. Der Kampf gegen Deutschland war in Asien weder populär, noch fand er dort statt. Rein äußerlich war die unterschiedliche Behandlung der westlichen und asiatischen Kommunisten an ihrer Unterbringung in Moskau erkennbar. Die westlichen Kommunisten waren in Hotels („Lux“ oder „Metropol“) untergebracht, während die asiatischen Genossen meist außerhalb Moskaus wohnten<sup>86)</sup>. Nur wenige Asiaten kamen in den Debatten des VII. Kongresses zu Wort. Der Kampf gegen den Imperialismus war zwar nicht aufgegeben, aber von den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, von den persischen oder türkischen Kommunisten, ist weder in der Resolution des Kongresses „Über die Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale“ noch in dem Beschluß „Über die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges durch die Imperialisten“ die Rede<sup>87)</sup>. Das einigende Band zwischen den Proletariern des Westens und des Ostens war nicht mehr der Kampf gegen den Imperialismus schlechthin, sondern der Kampf „gegen den imperialistischen Krieg unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung der Sowjetunion“<sup>88)</sup>. Im Kriegsfall hatten die Kommunisten „mit allen Mitteln und um jeden Preis den Sieg der Roten Armee . . . zu fördern.“

## Die Besetzung Irans (1941–1946)

Zwanzig Jahre, nachdem sowjetische Truppen iranischen Boden (die Sowjetrepublik von Ghilan) verlassen hatten, betraten sie ihn erneut. Sie drangen weiter vor als 1921, überschritten das Elbruzgebirge und stellten bei Kaswin (westlich von Teheran) die Verbindung zu britischen Kräften her, die von Süden kamen. Der Wunsch, den Verkehr mit den neuen Alliierten militärisch zu sichern, war verständlich, denn durch Persien ging die einzige Verbindung der Sowjetunion zu den Westmächten außer dem Seeweg nach Murmansk, der U-Boot- und Luftangriffen ausgesetzt und im Winter nur unter größten Schwierigkeiten passierbar war. Stalin und Molotow verbanden jedoch mit dem Vorrücken der Roten Armee in Persien noch andere Absichten.

Als Molotow, damals Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, im November 1940 über den Beitritt der Sowjetunion zu dem Pakt zwischen Deutschland, Italien und Japan verhandelte, wurde offen ausgesprochen, der Schwerpunkt der sowjetischen territorialen Bestrebungen liege südlich ihres Staatsgebiets in Richtung des Indischen Ozeans. Noch genauer erklärte Molotow am 25. November 1940 dem deutschen Botschafter in Moskau, eine der Bedingungen für den Beitritt der Sowjetunion zu dem Dreimächtepakt, sei, daß „als Schwerpunkt der Aspiration der Sowjetunion der Raum südlich Batum und Baku in der allgemeinen Richtung auf den Persischen Golf hin anerkannt“ werde.<sup>89)</sup>

Im Lichte dieser damals noch geheimgehaltenen territorialen „Aspirationen“ sind zu betrachten sowohl der Bündnisvertrag, den das Vereinigte Königreich (Großbritannien), die Sowjetunion und Iran am 29. Januar 1942 schlossen, als auch die sowjetische Politik von 1942 bis

Angesichts der in Europa zunehmenden Spannungen hatte die Sowjetunion kein Interesse, die Beziehungen zu den Staaten an ihrer Südgrenze zu verschärfen. Die sowjetische Zeitschrift „Der Neue Osten“, die sich vorwiegend mit dem Mittleren Osten befaßt hatte, stellte Ende der dreißiger Jahre ihr Erscheinen ein.

Reza Schah konnte mit seinem Kampf gegen die iranischen Kommunisten fortfahren. 1937 wurde zum Beispiel dreißig Personen zu langen Gefängnisstrafen verurteilt, weil ihnen nachgewiesen wurde, Beziehungen zu fremden Staaten unterhalten zu haben. Unter ihnen war Soleiman Mirza Eskandari, der später zu den Gründern der Tudeh-Partei gehörte<sup>90)</sup>. Auch der Kominternfunktionär Dschafar Pishewari (alias Sultan Sade) befand sich zu dieser Zeit in Persien in Haft, wohin er als angebliches Opfer der Stalin'schen Säuberungen „geflohen“ war<sup>91)</sup>.

Nach Kriegsausbruch wurde von den asiatischen Kommunisten verlangt, den Sieg der Roten Armee zu fördern, auch um den Preis, den Kampf gegen den britischen Imperialismus einzustellen. Dieses Opfer mußten z. B. nach Eintritt der Sowjetunion in den II. Weltkrieg die indischen Kommunisten bringen. Im Sommer 1941 übergab Sir Reginald Maxwell, Innenminister der indischen Verwaltung, den internierten indischen Kommunisten einen Brief Harry Pollits, des Generalsekretärs der britischen Kommunistischen Partei, der sie aufforderte, im Kampf gegen den Faschismus mit den britischen Behörden zusammenzuarbeiten. Die indischen Kommunisten versprachen das und wurden aus der Haft entlassen. Die Sozialisten (z. B. auch Jawaharlal Nehru) blieben in den Lagern. Dieser Übergang zu einer probritischen Politik kostete den Kommunisten ihr Ansehen bei den indischen Massen<sup>92)</sup>.

Auch im Iran wurden die Kommunisten infolge der Kriegereignisse befreit. Im August 1941 besetzten britische und sowjetische Kräfte das neutrale Land. Reza Schah mußte abdanken. Der neue Schah, Mohammed Reza Pahlawi erließ eine Amnestie für politische Gefangene, die auch den iranischen Kommunisten die Freiheit brachte.<sup>93)</sup>

heute. In Artikel 1 dieses Bündnisvertrages wurden die territoriale Integrität, Souveränität und die politische Unabhängigkeit feierlich anerkannt. In Artikel 5 verpflichteten sich die Alliierten, ihre Streitkräfte nicht später als sechs Monate nach Beendigung der Feindseligkeiten mit Deutschland oder seinen Verbündeten zurückzuziehen.<sup>94)</sup> Die Ereignisse sollten bald zeigen, daß die Sowjetunion dennoch an ihren geheimen „Aspirationen“ festhielt. Sie versuchte, diese Absichten zu verwirklichen, indem sie einerseits die Abtrennung iranischer Gebiete unterstützte (Autonome Republik von Aserbeidschan und Kurdenrepublik von Mahabad).<sup>95)</sup> Andererseits wurde in der kommunistischen Tudehpartei ein Instrument geschaffen, das der sowjetischen Expansion in Persien durch den von innen betriebenen Umsturz den Weg bereiten konnte.

## Die Tudeh-Partei

Nachdem die Fesseln gefallen waren, die Reza Schah dem politischen Leben Irans angelegt hatte, bildeten sich noch während des Krieges eine erhebliche Anzahl politischer Parteien.<sup>96)</sup> Zu den ersten gehörte eine kommunistische Partei, die im September 1941 unter dem Namen Tudeh-Partei (Massenpartei) gebildet wurde. Unter ihren Gründern war ein so erprobter Kominternfunktionär wie Seyyed Dschafar Pishewari, der zusammen mit etwa 300 anderen Kommunisten der Amnestie

89) Vgl. A. H. Hamzavi, Persia and the Powers, London 1950, S. 26 f.

90) Siehe oben S. 16 und G. Lenczkowski, a. a. O., S. 224.

91) Die indische Partei wurde damals über die britische kommunistische Partei von Moskau gesteuert. Ruth Fischer, Von Lenin zu Mao, Düsseldorf—Köln 1956, S. 164 f.

92) Vgl. George Lenczkowski, a. a. O., S. 174.

94) Vgl. A. H. Hamzavi, Persia and the Powers, London 1950, wo auf S. 65 der Wortlaut des Bündnisvertrages abgedruckt ist.

95) Näheres über die Republiken s. u. S. . . .

96) 1943 waren es etwa 15, vgl. Lenczkowski, a. a. O., S. 185.

86) Vgl. Eudocio Ravines, The Yen'an Way, New York 1951, S. 122.

87) Vgl. VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, gekürztes stenografisches Protokoll, Moskau 1939, S. 557 ff., 578 ff.

88) a. a. O., S. 885.

93) Vgl. Dokumente der nationalsozialistischen Diktatur 1933—1945, Bd. V, Berlin und München (Verlag Giersch & Co. KG), ohne Jahr, S. 254 ff.

des neuen Schah die Freiheit verdankte.<sup>97)</sup> Zuerst war ein Nichtkommunist Soleiman Mirza Eskandari Parteiführer. Nach dessen Ausscheiden wurde die Tudeh-Partei wie eine kommunistische Partei organisiert. Sie hatte ein „Zentralkomitee“ und eine Kontrollkommission. Die Parteigeschäfte wurden von einem Generalsekretär, einem politischen und einem Organisationssekretär geführt. Die Organisation der Partei beruhte auf dem Prinzip des sog. „Demokratischen Zentralismus“, das für alle kommunistischen Parteien gilt.<sup>98)</sup> Eine ganze Anzahl von Presseorganen (z. B. „Rahbar“, „Razm“, „Azhir“), herausgegeben von prominenten Kommunisten (z. B. Pishewari, Dr. Firidun Keschwarz), vertraten die Parteilinie. Die Tudeh-Partei verkündete in ihrem Programm weder, daß ihr Ziel der Kommunismus sei, noch trat sie offen für kommunistische, revolutionäre Forderungen ein (z. B. Bodenreform, Enteignung der Kapitalisten). Jedoch forderte sie eine fortschrittliche Arbeitsgesetzgebung, Erhöhung des Lebensstandards für die Bauern, freien Unterricht und Gesundheitsdienst, freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarn Irans und die Beseitigung fremder Einflüsse.<sup>99)</sup> An dieses Programm der sozialen Gerechtigkeit glaubten zuerst viele, besonders jüngere Leute, so daß die Partei bei den Wahlen zum Parlament, dem Medschlis acht von hundertsechunddreißig Sitzen gewinnen konnte. Bald darauf stellte sich jedoch heraus, daß die Tudeh-Partei selbst dann die sowjetische Politik unterstützte, wenn sie den Interessen Irans zuwiderlief, wie z. B. im persisch-sowjetischen Streit um die Ölkonzession von 1944 oder im Fall der Autonomen Republik Aserbeidschan (August 1945)<sup>100)</sup>. Im Herbst 1952 nahm eine Delegation der Tudeh-Partei, geführt von dem Generalsekretär, Dr. Rezt Radmanesch, am XIX. Parteitag der KPdSU in Moskau teil.<sup>101)</sup> Später erklärte das Sekretariat ihres Zentralkomitees offen, die Ideologie der Arbeiterklasse, der Marxismus-Leninismus, sei ihr Führer.<sup>102)</sup>

## Der sowjetisch-persische Ölkonflikt

Der Ölstreit brach im Herbst 1944 aus, als Sergej I. Kavtaradse, stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, in Teheran ankam und verlangte, daß der Sowjetunion die Konzession eingeräumt würde, die Ölvorkommen in den nördlichen, an die Sowjetunion grenzenden Provinzen auszubeuten. Die iranische Regierung lehnte diese Konzession — und andere zur Zeit noch schwebende britische und amerikanische Anträge auf Gewährung von Ölkonzessionen ab. Kavtaradse erklärte daraufhin in einer Pressekonferenz in Teheran, die unfreundliche Haltung des Ministerpräsidenten Mohammed Sa'ed gegenüber der Sowjetunion schließe die Möglichkeit weiterer Zusammenarbeit mit ihm aus. Er regte an, die iranische Öffentlichkeit solle einen Druck auf die Regierung ausüben, damit eine „günstige Lösung“ zustandekomme.<sup>103)</sup> Dieser unverhüllten Einmischung in innere Angelegenheiten Irans folgten weitere. Eine Kampagne, die die Tudeh-Partei eingeleitet hatte, um die Erteilung der Ölkonzession an die Sowjetunion und den Rücktritt des Ministerpräsidenten zu erzwingen, wurde von sowjetischen Truppen unterstützt, die Demonstranten in Lastkraftwagen herbeischafften. Die Kampagne hatte zwar insofern Erfolg, als der Ministerpräsident schließlich zurücktrat, aber auch Kavtaradse mußte unverrichteterdinge abreisen, denn die Ölkonzession wurde nicht erteilt. Seitdem mischte sich die Sowjetunion vermehrt in iranische Angelegenheiten ein, vor allem dort, wo sie kraft der Besetzung ungestört walten konnte, in den nördlichen Provinzen.

97) Siehe oben S. 34 ff.; Blackbook on Tudeh officers Organisation, Teheran 1956, S. 8.

98) Vgl. Evolution of Communism in Iran, Teheran, Kayhan Press, 1959, S. 173 ff., 382.

99) Vgl. Lenczkowski, a. a. O., S. 225.

100) Vgl. Hamzavi, a. a. O., S. 27, s. u. S. . . .

101) „Neues Deutschland“, Ostberlin, v. 14. 10. 1952, S. 7.

102) Vgl. Evolution of Communism in Iran, a. a. O., S. 45.

103) Vgl. Hamzavi, a. a. O., S. 29 f., Lenczkowski, a. a. O., S. 218.

## Die sowjetische Herrschaft in den nördlichen Provinzen Irans

Schon bald, nachdem sowjetische Truppen in die nördlichen Provinzen Irans (Gilan, Aserbeidschan, Masanderan, Khorasan) eingerückt waren, zeigte sich, daß ihre Befehlshaber die durch den Vertrag vom 29. Januar 1942 erworbenen Rechte, Truppen und Nachschub zu transportieren, Verkehrseinrichtungen und Verbindungen in jeder Weise zu sichern (Artikel 3), weit auslegten. Das sowjetische Oberkommando bestand darauf, daß alle Verlegungen von persischen Truppenteilen und Polizeieinheiten von einem Ort zum anderen ihrer Erlaubnis bedürfe. Persische Beamte, die eine unabhängige Haltung einnahmen, wurden eingeschüchtert oder ihrer Posten enthoben. Die Teheraner Regierung konnte die freigewordenen Stellen nur durch Beamte besetzen, die von den Russen akzeptiert wurden. Auf diese Weise sind Verwaltungsbezirke in den nördlichen Provinzen oft ohne die erforderlichen Beamten gewesen. Die Grenze der nördlichen Provinzen zum Inneren des Landes konnte nur mit sowjetischer Erlaubnis passiert werden. Auch Lebensmitteltransporte aus den fruchtbaren kaspischen Provinzen nach dem Süden des Landes waren an sowjetische Genehmigung gebunden und wurden verhindert, wenn es den Russen erforderlich schien.<sup>104)</sup>

Alle diese Schwierigkeiten erhöhten sich, als die Ölkonzession, wie schon erwähnt, abgelehnt worden war und der Termin, die „alliierten Truppen zu evakuieren, herannahte. Der Verbindungsweg durch Persien hatte schon vor Beendigung der Feindseligkeiten mit Deutschland an Bedeutung verloren, weil seit November 1944 das Schwarze Meer den Alliierten offenstand und natürlich der billigere Seeweg vorgezogen wurde. Am 2. September 1945 waren die Feindseligkeiten auch mit Japan beendet. Es schien daher festzustehen (Artikel 5 des Vertrages vom Januar 1942), daß die alliierten Truppen sechs Monate nach diesem Termin, also am 2. März 1946, Iran verlassen haben mußten. Seit dem Frühjahr 1945 hatten die Briten schon ihre Kräfte in Iran wesentlich vermindert. Es kam auch mit den Russen ein Abkommen zustande, nach dem das Gebiet um die Hauptstadt Teheran vorzeitig von Truppen geräumt werden sollte. Die Briten und Russen begannen daher, im August 1945 uniformierte Einheiten aus Teheran abzuziehen mit dem Ergebnis, daß sowjetische Geheimpolizisten in Zivil in Teheran eine noch bedeutendere Rolle als vorher spielten. Mehrere tausend NKWD-Angehörige sollen damals in der persischen Hauptstadt gewesen sein.<sup>105)</sup> In den nördlichen Provinzen machten die Russen jedoch nicht die geringsten Anstalten, ihre Kräfte zu vermindern. Sie setzten vielmehr ihre Politik fort, sich in iranische Angelegenheiten einzumischen mit dem Ziel, das von ihnen beherrschte Gebiet zum Persischen Golf hin vorzuschieben. Südlich von Baku lagen in dieser Richtung das persische Aserbeidschan (mit der Provinzhauptstadt Täbris) und Kurdistan (südlich des Urmiassees).

## Die Autonome Republik von Aserbeidschan

Im August 1945 forderte die Tudeh-Partei in Täbris kulturelle und administrative Autonomie für Aserbeidschan. Bewaffnete Tudeh-Anhänger besetzten unter dem Schutz russischer Truppen einige Regierungsgebäude. Gendarmerieverstärkungen, die von der Teheraner Regierung nach Täbris beordert wurden, trafen auf den Widerstand sowjetischer Truppen und konnten ihren Bestimmungsort nicht erreichen.<sup>106)</sup> Die Tudeh-Anhänger räumten schließlich die Verwaltungsgebäude in Täbris. Die Lage schien sich zu beruhigen. Im Herbst 1945 wurde die Tudeh-Partei in Aserbeidschan, offenbar um ihre Anhänger in anderen Teilen des Landes nicht zu kompromittieren, in Demokratische Partei umbenannt. Die Demokratische Partei forderte erneut Schulen für die türkische Sprache (die Bevölkerung von Aserbeidschan

104) Vgl. hierzu Hamzavi, a. a. O., S. 31 ff.

105) Vgl. G. Lenczkowski, a. a. O., S. 285.

106) Vgl. hierfür und die folgende Darstellung der Ereignisse in Aserbeidschan: G. Lenczkowski, a. a. O., S. 286 ff.

spricht überwiegend türkisch) und volle Autonomie der Provinz. Verhandlungen mit Vertretern der persischen Regierung scheiterten, da diese wohl Unterricht in Türkischer Sprache einzuräumen bereit war, aber die verlangte Autonomie nicht gewähren wollte. Aus gewissen Anzeichen konnte geschlossen werden, daß die „Autonomie“ nur das erste Stadium des Anschlusses an sowjetisch Aserbeidschan sein sollte. Muhammed Biria, ein Dichter und zugleich Sekretär der kommunistischen Gewerkschaften des persischen Aserbeidschan, sang, er komme nach Baku, um das lebenspendende Wasser dieser Stadt zu trinken und weine glückliche Tränen, wenn er Baku sehe.<sup>107)</sup> Inzwischen — Oktober 1945 — waren — trotz des herannahenden Termins für den Abzug der alliierten Truppen — mehrere neue russische Divisionen nach Iran gebracht worden. In Aserbeidschan wurden an „Demokraten“ und Bauern Waffen verteilt, die — wie allgemein bekannt war — von der Roten Armee stammten. Im November machten die „Demokraten“ einen Umsturzversuch in Aserbeidschan. Gendarmerieposten und Verwaltungsgebäude wurden besetzt. Einige höhere Beamte, Offiziere, Industrielle und Gutsbesitzer wurden getötet. Das starke sowjetische Militär duldet diese Aktionen, griff aber nicht offen ein. Als jedoch die iranische Regierung Truppen in die bedrohten Gebiete sandte, wurden sie am 21. November 1945 einige Kilometer östlich von Kaswin von sowjetischem Militär aufgehalten.<sup>108)</sup>

## Die Kurdenrepublik von Mahabad

Die Lage in den kurdischen Gebieten war von den sowjetischen Kommunisten seit den zwanziger Jahren aufmerksam beobachtet worden. Schon 1927 hatte die Sowjetregierung erwogen, eine kleine „unabhängige“ Kurdenrepublik zu schaffen. Bereits damals war Mahabad (Sauj-Bulag) ein Zentrum sowjetischer Propaganda unter den Kurden<sup>112)</sup>. Es lag daher nahe, in den kurdischen Gebieten, die den Ufern des Persischen Golfes, dem sowjetischen Ziel, am nächsten gelegen waren, ähnlich zu verfahren wie in Aserbeidschan.

Eine nationalistische Bewegung der Kurden hatte sich schon geregt, seit die zentralistische Macht Reza Schahs 1941 beseitigt worden war. In Mahabad, einer Stadt südlich des Urmia-Sees, war 1943 die Komala-i-Zhian-i-Kurd (Komitee der Kurdischen Jugend) gegründet worden. Obwohl die Komala nicht offen auftrat, breitete sie sich rasch auch im Irak und auf türkischem Gebiet bei den kurdischen Minderheiten aus. Die Komala benutzte in Mahabad das Klubhaus der „Gesellschaft für kurdisch-sowjetische kulturelle Beziehungen“ als Tagungsstätte. Bei einer Feier, die im April 1945 im Klubhaus stattfand und auch vom sowjetischen Konsul in Resajeh (westlichen des Urmia-Sees) besucht war trat Qazi (= Richter) Mohammad, der spätere Chef des kurdischen Staates, der Komala bei. Er übte als Mitglied einer sehr angesehenen Familie richterliche und religiöse Funktionen in Mahabad aus. Zu ihm hatten die Russen schon seit längerer Zeit gute Beziehungen hergestellt. Sie erreichten bei der iranischen Regierung, daß Qazi Mohammad Vertreter der iranischen Regierung in dem Gebiet und sein Bruder Seif Qazi Kommandant der Gendarmerie wurden. Mit Hilfe Qazi Mohammads schufen die Sowjets ein Instrument, das bei den Kurden die Rolle übernehmen sollte, die von der Tudeh-Partei in Aserbeidschan gespielt worden war. Die Tudeh selbst hatte bei den Kurden nie Fuß fassen können und die „Komala“ ist von den Russen wegen ihres kurdisch-nationalen und in gewissem Sinne demokratischen Charakters ebenfalls als ungeeignet befunden worden. Im September 1945 wurden daher die Khans der bedeutendsten kurdischen Stämme sowie Qazi Mohammad und Seif Qazi nach Täbris eingeladen, um den sowjetischen Konsul zu besuchen. Zu ihrem Erstaunen brachte man sie dort zum Bahnhof und setzte sie in einen Zug, der sie auf sowjetisches Gebiet, nach Baku, entführte. Dort wurden sie in einer Villa untergebracht,

Am 23. November 1945 proklamierte die Demokratische Partei die völlige Autonomie Aserbeidschans als ihr Ziel und begann, Wahlen zu einer „Nationalversammlung“ der Provinz zu organisieren, obwohl das Medschlis am 14. Oktober beschlossen hatte, Wahlen zu verbieten, solange noch fremde Truppen auf iranischem Boden weilten<sup>109)</sup>. An den Wahlen beteiligten sich nur Kandidaten der Demokratischen Partei. Weder nichtkommunistische Presseorgane noch Post aus anderen Teilen Irans wurden von den sowjetischen Zensoren zur Verteilung in Aserbeidschan zugelassen. Am 12. Dezember 1945 trat die „Nationalversammlung“ in Täbris zusammen. Sie rief die „Autonome Republik von Aserbeidschan“ aus und setzte eine Regierung ein, an deren Spitze als Ministerpräsident der schon mehrfach erwähnte frühere Kominternfunktionär Dschafar Pishewari (alias Sultan Sade) trat. Eine Geheimpolizei wurde nach dem Muster des NKWD eingerichtet. Sie wurde von Dr. Salamollah Dschafid, einem in der Sowjetunion ausgebildeten Kommunisten, geleitet. Pishewari stand im engsten Kontakt mit dem Sowjetbotschafter in Teheran, Iwan Sadschikow, und dem sowjetischen Konsul in Täbris, Arkadij Krasnych. Die aserbeidschanische Volksarmee trug russische Uniformen mit besonderen Abzeichen. Ihr Oberbefehlshaber, General Danishian sprach gebrochen Türkisch, verstand kein Persisch, beherrschte jedoch fließend Russisch<sup>110)</sup>.

wo sie Mir Dschafar Bagirow, der 1. Sekretär der KP von (sowjetisch) Aserbeidschan, an das Unrecht erinnerte, das sie unter Reza Schah ausgestanden hätten. Bagirow lehnte sowohl die Tudeh-Partei (eine „Gruppe wirkungsloser Unruhestifter“) als auch die Komala (ein Instrument des britischen Geheimdienstes) ab. Er kündigte die Gründung einer neuen „Demokratischen Partei“ an, der die Sowjetregierung helfen werde, den Unterdrückten die Freiheit zu bringen. Dieser Partei sollten sie nur beitreten<sup>113)</sup>.

Bald nach Rückkehr der Kurden von dieser seltsamen Expedition berief Qazi Mohammad eine Versammlung ein, auf der die „Demokratische Partei“ gegründet wurde. In einem Manifest verlangten die Kurden ihren Anteil an der Befreiung der Welt von Faschismus. Ihnen sollten die konstitutionellen Rechte gewährt werden, die Reza Schah verweigert habe. Die Kurdische Sprache sei in Unterricht und Verwaltung zuzulassen. Ein Provinzialrat von Kurdisten müsse sofort gewählt werden. „Lang lebe die Kurdische Demokratische Autonomie“.

Obwohl die „Komala“ aufgelöst wurde und ihre Mitglieder auf die neue Partei übergingen, zögerten die Führer der kurdischen Stämme, ein Überhandnehmen des sowjetisch-kommunistischen Einflusses fürchtend, sich den „Demokraten“ anzuschließen. Da erhielt Qazi Mohammad eine bedeutende Stärkung durch Mulla Mustafa und seine Barzanis, die im Oktober 1945 mit etwa 1000 Bewaffneten und ihren Familien auf iranisches Gebiet übertraten<sup>114)</sup>. Am 15. Dezember 1945 — wenige Tage, nachdem die „Demokraten“ Aserbeidschans ihr Gebiet für autonom erklärt hatten — lud Qazi Mohammad die Führer der Kurdenstämme und der neuen Demokratischen Partei zu einer Versammlung nach Mahabad, der auch Mulla Mustafa und drei sowjetische Offiziere beiwohnten<sup>115)</sup>. Feierlich rief Qazi Mohammad die „Kurdische Volksregierung“ aus; ein nationales Parlament aus 13 (!) Mitgliedern wurde gebildet. Am 22. Januar wurde Qazi Mohammad zum Präsident dieser Kurdenrepublik gewählt. Fünf Khans, unter ihnen Seif Qazi und Mulla Mustafa, erhielten den Rang von Marschällen und wurden mit sowjetischen Uniformen ausgestattet. Ein kleineres Territorium hat wohl nie 5 Marschälle gestellt, denn die Republik umfaßte nur die Gebiete um die Städte Mahabad, Bokan, Naqadeh und Ushnuyeh südlich des Urmia-Sees.

109) Vgl. Hamzavi, a. a. O., S. 30.

110) Vgl. G. Lenczkowski, a. a. O., S. 290.

113) Vgl. Roosevelt, a. a. O., S. 254.

114) Der Kurdenstamm der Barzanis hatte, ursprünglich auf irakischem Gebiet ansässig, seit langem sowohl gegen die Ottomanen, die Briten, als auch gegen die irakische Regierung, zuletzt 1945, mit wechselndem Glück gekämpft.

115) Die Stämme der Mamesh, der Mangur und der Dehbokri schlossen sich jedoch Qazi Mohammad nicht an, vgl. Roosevelt, a. a. O., S. 256 f.

107) Vgl. Walter Kolarz, *Russia and her Colonies*, London 1952, S. 247.

108) Vgl. Hamzavi, a. a. O., S. 34, 96.

111) Vgl. hierzu Archie Roosevelt jr. „The Kurdish Republik of Mahabad“ in „The Middle East Journal“, Juli 1947, S. 248 ff. Roosevelt ist einer der wenigen Europäer, die Mahabad während des Bestehens der Republik besucht haben.

112) Vgl. George Agabekow, a. a. O., S. 101 f.

Bald entstanden zwischen den Regierungen von Mahabad und Aserbeidschan Reibungen, weil streitig wurde, wer die Gebiete westlich und ostwärts des Urmias-Sees beherrschen sollte, in denen vielfach eine aus Kurden und aserbeidschanischen Türken gemischte Bevölkerung lebte. Unter sowjetischer Assistenz schlossen der „Ministerpräsident“ von Aserbeidschan, Dschafar Pishewari und Qazi Mohammad im April 1946 einen Vertrag, aus dem hervorging, daß die „Demokratischen Regierungen“ sich als Vertreter unabhängiger Nationen betrachteten. Die beiden „Republiken“ waren zwar beide auf sowjetische Veranlassung entstanden, unterschieden sich aber doch in der Art, wie sie ihre Herr-

schaft ausübten. Im autonomen Aserbeidschan herrschte ein kommunistisches Terrorregime, während zu den Regierenden von Mahabad kaum ein Kommunist gehörte, und dort keine Geheimpolizei gebildet worden war. Hunderte flohen aus Täbris nach Teheran, während nur wenige Kurden ihr Land verließen. Ausländische Radiosendungen konnten in Mahabad angehört werden, was in Täbris mit Todesstrafe bedroht war<sup>116)</sup>. Als Pishewari und Qazi Mohammad ihren Vertrag schlossen, war der Termin schon überschritten, zu dem die sowjetischen Truppen iranisches Gebiet hätten verlassen müssen.

## Die Sowjetregierung bricht den Dreimächtevertrag vom 29. Januar 1942

Schon seit dem Herbst 1945 — die Sechsmonatsfrist des Vertrages vom 29. 1. 1942 begann mit Einstellung der Feindseligkeiten in Japan am 2. September 1945 zu laufen<sup>117)</sup> — war die iranische Regierung wiederholt gegenüber sowjetischen Einmischungen in die inneren Angelegenheiten Irans vorstellig geworden. Ihre Proteste hatte die Sowjetregierung entweder zurückgewiesen oder nicht beantwortet. Wenige Tage vor Beginn der Moskauer Außenministerkonferenz (16.—26. Dezember 1945) waren in Gestalt der autonomen Republiken von Mahabad und Täbris „faits accomplis“ geschaffen worden. Die sowjetische Linie hinsichtlich Nordirans wurde von Stalin angedeutet, der erklärte, die Ölfelder von Baku müßten gegen jede feindliche Haltung Irans gesichert werden. Die Entscheidung, ob man die Truppen zurückziehen könne, hänge von der Haltung der iranischen Regierung ab<sup>118)</sup>. Die Minister einigten sich daher nicht. Da wandte sich die iranische Regierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, um ihre Ansprüche vor den Sicherheitsrat zu bringen<sup>119)</sup>. Der sowjetische Delegierte A. Wyschinski widersetzte sich der Behandlung der Forderungen Irans durch den Sicherheitsrat. Die Ereignisse in Aserbeidschan hätten nichts mit der Anwesenheit sowjetischer Truppen zu tun. Sie seien ein Zeichen der Ansprüche der Bevölkerung von Nordiran auf nationale Autonomie. Wyschinski warf der persischen Regierung vor, sie unternehme nichts gegen die anti-sowjetische Propaganda in Iran. Aserbeidschan und Baku (also sowjetisches Territorium) seien von organisierten feindlichen Aktionen bedroht. Wyschinskis an den Haaren herbeigezogener Behauptung, Baku sei bedroht, war das Bestreben der Sowjetunion zu entnehmen, einen Vorwand für das Verbleiben der sowjetischen Truppen auf irischem Gebiet zu suchen, der unabhängig vom Vertrag von 1942 war<sup>120)</sup>. Der Sicherheitsrat entzog sich einer Entscheidung, indem er — Ende Januar 1946 — die Angelegenheit iranisch-sowjetischer Verhandlungen überantwortete. Der iranische Ministerpräsident Qavam as-Saltaneh erfuhr bei Verhandlungen in Moskau, daß die Russen ihre Truppen auf unabsehbare Zeit in einigen Teilen Irans belassen wollten und von der Teheraner Regierung verlangten, sie solle die Autonomie von Aserbeidschan anerkennen. Am 2. März 1946, dem Stichtag für die Räumung, hatten amerikanische und britische Truppen Persien verlassen, die Verhandlungen Qavam as-Saltanehs in Moskau dauerten an, jedoch machten die Russen keine Miene, ihre vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Die USA und Großbritannien protestierten formell, Qavam kehrte nach erfolglosen Vorstellungen bei Stalin selbst nach Teheran zurück<sup>121)</sup>. Die Lage verschärfte sich bald. Die Tudehpartei inszenierte Massendemonstrationen in Teheran, um die Abgeordneten zu hindern, das Parlament zu erreichen und es so beschlußunfähig zu machen. Die Sowjetregierung ließ Panzertruppen in die nördlichen Provinzen einrücken, deren Spitzen von Major Carl P. Garver, einem amerikanischen Militärattaché in Karadj, etwa 40 km westlich von Teheran, beobachtet wurden. Ende März wurde ein bewaffneter Aufstand in Teheran erwartet. Er fand jedoch nicht statt. Die persische Regierung wandte sich erneut an den Sicherheitsrat, diesmal mit der Anklage, die

Sowjetregierung ziehe ihre Truppen vertragswidrig nicht aus Iran zurück. Der Anspruch Irans war unangreifbar, er wurde von zahlreichen Nationen, besonders energisch von Staatssekretär James Byrnes unterstützt. Andrei Grömyko versuchte durch verfahrenstechnische Winkelzüge die Beratung des persischen Antrages zu verhindern. Einmal verließ er mit dramatischer Geste den Konferenzsaal. Die Sowjetregierung war so eindeutig im Unrecht, daß sie in einem offenen Konflikt mit dem Westen als vertragsbrüchig dastehen oder in Verhandlungen nachgeben mußte. Daher begann sie zu verhandeln und erreichte im April 1945, bevor eine Entscheidung des Sicherheitsrats ergangen war, mit der persischen Regierung ein Abkommen, wonach

- a) die sowjetischen Truppen sechs Wochen nach dem 24. März 1946 abrücken sollten,
- b) eine sowjetisch-iranische Öllaktien-Gesellschaft zu bilden und vom Parlament zu genehmigen war,
- c) die Verhältnisse in Aserbeidschan als iranische Angelegenheit betrachtet und friedliche Verabredungen zwischen der Regierung und dem Volk von Aserbeidschan getroffen werden sollten.

Am 9. Mai 1946 hatte die Rote Armee Persien verlassen. Die iranischen Kommunisten verloren damit zwar die sowjetische militärische Hilfe, aber sie schienen stark genug, ihre Macht zu behaupten und sogar auszudehnen.

Dschafar Pishewari, der Ministerpräsident von Aserbeidschan, sicherte seinem Regime in einem Abkommen mit der Teheraner Regierung unter anderem folgende Zugeständnisse:

- a) Aserbeidschans Provinzialrat, Nachfolger des „Parlaments“ der autonomen Republik, sollte der Regierung vier Personen als Generalgouverneure der Provinz vorschlagen, die einen davon ernennen würde;
- b) die Teheraner Regierung billigte die Verteilung beschlagnahmten Landes und verpflichtete sich, die früheren Eigentümer zu entschädigen;
- c) die aserbeidschanische Armee sollte in das iranische Heer eingegliedert, irreguläre aserbeidschanische Soldaten in die Gendarmerie aufgenommen werden.

Diesem kommunistischen Erfolg in Aserbeidschan folgten Unruhen, die vom „Zentralen Vereinigten Rat“, der Gewerkschaftsorganisation der Tudeh, unter Führung von Reza Rusta in Khusistan, dem Ölgebiet am Persischen Golf, provoziert wurden. Im Juli streikten dort 100 000 Ölarbeiter. Sabotageakte wurden begangen, die zum Verlust von 300 000 to Öl führten. Unter dem Druck dieser Ereignisse nahm Qavam vier Tudeh-Anhänger in sein Kabinett auf: Iradsch Eskandari, Minister für Handel und Industrie; Dr. Firidun Keschawarz, Minister für Erziehung; Dr. Morteza Yazdi, Minister für Gesundheit und Mozzaffar Firuz, stellvertretender Ministerpräsident sowie Minister für Arbeit und Propaganda.

Gegen diese kommunistischen Einflüsse in der Zentralregierung revoltierten die einflußreichen Kaschgai und Bachtjari-Stämme im Süden des Landes. Im Oktober 1946 erzwangen sie, hinter denen nach sowjetischen Behauptungen die Briten standen, den Rücktritt des Kabinetts

116) Vgl. Roosevelt, a. a. O., S. 254.

117) Vgl. § 5 des Vertrages vom 29. 1. 1942.

118) Vgl. James F. Byrnes, In aller Offenheit (Speaking frankly) Frankfurt 1948, S. 162.

119) Vgl. Hamzavi, a. a. O., S. 82.

120) Dafür konnte Artikel 6 des Vertrages von 1921 dienen.

121) Vgl. G. Lenczkowski, a. a. O., S. 297.

Qavam as Saltanehs, aus dem die kommunistischen Minister ausschieden.

Hierdurch ermutigt, drängte Qavam die kommunistischen Einflüsse weiter zurück. Mitte November 1946 ließ er hundert führende Tudeh-Mitglieder in Teheran verhaften und wenig später die iranische Armee in Aserbeidschan einmarschieren, damit sie die im Dezember bevorstehenden Wahlen zur Medschlis überwachen könne. Jaafar Pishewari rief zwar zum Widerstand gegen die Regierungstruppen auf, aber die Bevölkerung von Aserbeidschan begrüßte sie als Befreier. Am 14. Dezember brach das kommunistische Regime in Täbris zusammen. Der kommunistische Generalgouverneur Dr. Salamollah Dscharid wurde verhaftet. Pishewari und andere Kommunisten flohen nach der Sowjetunion.<sup>122)</sup> Dort wurde ein geheimer „demokratischer“ Funksender errichtet, der seine Hetze gegen die iranische Regierung bis 1953 fortsetzte<sup>123)</sup>.

Auch gegen die Kurdenrepublik gingen Regierungstruppen vor. Mahabad wurde im Dezember besetzt, Quazi Mohammad und seine führenden Anhänger verhaftet. Im März 1947 ist er nach einem Militärgerichtsverfahren auf dem Marktplatz von Mahabad gehängt worden. Mulla Mustafa schlug sich nach Norden durch und trat bei Maku mit seinen Barzanis in die Sowjetunion über.<sup>124)</sup> Auch in ihrem Ende unterschied sich die Kurdenrepublik von dem kommunistischen Regime in Aserbeidschan. Bei dessen Zusammenbruch wurden zahlreiche „Demokraten“ von der Bevölkerung, die sie haßte, massakriert. In Mahabad ereignete sich nichts derartiges, ein Anzeichen, daß sich Qazi Mohammad nicht in der gleichen Weise verhaßt gemacht hatte.

## Die Extremisten im anglo-iranischen Ölkonflikt

Wenn auch einige sowjetische Pläne zunächst gescheitert waren, so blieb doch die Tudeh-Partei ein Instrument, das geeignet schien, Iran von innen her zu zerstören und damit eine neue, den Russen günstige Lage zu schaffen.

Die persische Regierung versuchte, ihren Einfluß zurückzudrängen. So wurden im April 1948 in der Provinz Mazanderan 300 Kommunisten verhaftet. Im Februar 1949 erging im Anschluß an einen Attentatsversuch, der auf den Schah unternommen worden war, sogar ein Verbot der Partei. Sechs Mitglieder des Exekutivrats (= Politbüro) wurden verhaftet. Der Generalsekretär Dr. Radmanesch und die Sekretäre Ehsan Tabari und Dr. Keschawarz flohen ins Ausland<sup>125)</sup>. Die Partei jedoch wäre keine kommunistische Partei gewesen, wenn sie nicht illegal weitergearbeitet hätte. Zwei Mitglieder des Exekutivrats, Dr. Gholam H. Forootan und Dr. Mohammad Bahrami hielten sich verborgen. Seit 1951 trat die Partei unter der Deckung von Frontorganisationen (z. B. Gesellschaft zum Kampf gegen die Imperialistischen Ölgesellschaften; Friedenspartisanen; Demokratisches Jugendkomitee) wieder stärker hervor. Die sozialen Verhältnisse sowie die turbulente anglo-iranische Ölkrise boten den Kommunisten günstige Verhältnisse, die sie dank politischer und finanzieller sowjetischer Hilfe auch ausnützen konnten. Die soziale Lage, insbesondere der Umstand, daß der Boden Irans in den Händen weniger privilegierter Familien war, forderte den Ruf nach Reformen heraus. Da aber auch im Medschlis die Vertreter dieser Familien überwogen, konnten vom Parlament drastische soziale Reformen kaum erwartet werden. Eine großzügige Maßnahme des Schahs, die Bereitstellung seiner persönlichen Landgüter zum Verkauf an Bauern (Januar 1950), wurde nicht nachgeahmt. Besonders starke Resonanz fand die kommunistische Propaganda in Kreisen von Studenten und jungen Akademikern, deren sich das Teheraner Büro der sowjetischen Alluniongesellschaft für kulturelle Verbindung mit dem Ausland (WOKS) besonders annahm. In großer Zahl in Europa ausgebildet, verglichen diese jungen Leute, die sozialen Verhältnisse der hochentwickelten europäischen Staaten mit der Rückständigkeit ihres Vaterlandes, das

Im neuen Medschlis, die endlich im August 1947 zusammentrat, hatte die Demokratische Partei des Ministerpräsidenten die Mehrheit. Die Opposition, geführt von Dr. Mohammed Mossadeq, gewann 25 Sitze, während die Tudeh-Partei zwei Abgeordnete erhielt. Nachdem nun das Medschlis gebildet war, drängte der sowjetische Botschafter die iranische Regierung, den Ölvertrag ratifizieren zu lassen, der ein Bestandteil des Abkommens vom April 1946 und damit eine Voraussetzung des Abzugs der Roten Armee gewesen war. Lange hitzige Debatten im Parlament folgten, das schließlich im Oktober 1947 die Ratifizierung mit 102 Stimmen gegen 2 ablehnte.

So gingen die Sowjetregierung die Vorteile (das Ölabkommen und die Autonomie von Aserbeidschan) verloren, die sie vor Abzug ihrer Truppen erpreßt hatte. Der Entschluß, diese Rückschläge — jedenfalls zeitweilig — hinzunehmen, dürfte durch folgende Faktoren bestimmt gewesen sein. Einmal bereitete die Sowjetunion eine neue Offensive in Europa vor, die mit der Gründung des Kominform (September 1947) eingeleitet wurde<sup>125)</sup>.

Zum anderen hatte Stalin aus den Verhandlungen über das vertragswidrige Verbleiben der sowjetischen Truppen im Iran (April 1946) und eindeutigen amerikanischen Erklärungen entnommen, daß er bei einem Eingreifen in Iran allein und als offener Aggressor dastehen würde. In die Rolle des Aggressors begab sich Stalin aber nur, wenn seine Überlegenheit eindeutig festzustehen schien (wie im Falle von Finnland), oder wenn Mächtige an seiner Seite standen (wie Hitler 1939 in Polen).

ihnen vielfach die ihrer Ausbildung entsprechenden Positionen nicht bieten konnte. Diese unbefriedigenden sozialen Zustände begünstigten nicht nur radikale kommunistische Tendenzen, sondern förderten auch die Neigung schlechtbezahlter Beamter und Angehöriger der iranischen Streitkräfte, sich der Tudeh-Partei anzuschließen, die sich seit 1946 eine Militär-Organisation geschaffen hatte.<sup>127)</sup> Aus diesen Verhältnissen nährte sich der Extremismus jeder Art, wie sich sowohl an der Ermordung des reformfreudigen Ministerpräsidenten General Ali Razmara (März 1951) durch ein Mitglied der terroristischen Bruderschaft Fadayan Islam (Kreuzfahrer des Islam) zeigte, als auch bei den antibritischen Unruhen im anglo-iranischen Ölstreit, die den persischen Staat in seinen Grundfesten erschütterten. Am 30. April wurde der Leiter der extrem-nationalistischen Gruppe im Parlament, Dr. Mohammed Mossadeg, ein weinerlicher, kränklicher Großgrundbesitzer, zum Ministerpräsidenten ernannt. Aufrührerische Demonstrationen wurden sowohl von den „Kreuzfahrern des Islam“ veranstaltet, hinter denen der Mulla Ayatolla Kaschani stand, als auch von der kommunistischen Frontorganisation „Nationale Gesellschaft für den Kampf gegen Imperialistische Ölgesellschaften“. Die Kommunisten riefen z. B. am Tage der Ankunft des amerikanischen Vermittlers im Ölkonflikt, W. Averell Harriman, in Teheran (15. Juli 1951) blutige Unruhen hervor, in deren Verlauf 4 Polizisten und 14 Zivilisten getötet, 180 Polizisten sowie eine größere Anzahl von Zivilisten verletzt wurden. Mitglieder der Tudeh-Offiziersorganisation erzielten einen weiteren „Erfolg“ indem sie im Herbst 1951 zehn führende Kommunisten aus einem Teheraner Gefängnis befreiten<sup>128)</sup>. Die Lage verschärfte sich, nachdem Mossadeg im Juli 1952 zurückgetreten und durch Qavam as Saltaneh ersetzt worden war. Erneut fanden Gewalttätigkeiten und Massendemonstrationen statt, die von bewaffneten Mossadeg-Anhängern, den „Kämpfern des Islam“ und von Kommunisten verursacht waren. Auf einer Massenveranstaltung der Kommunisten in Teheran, verlas ein Vertreter Kaschanis eine Erklärung, in der er „Solidarität im Kampf gegen die Imperialisten“ versprach. Das eingeschüchterte Medschlis versagte Qavam seine Unterstützung und Mossadeg wurde erneut Ministerpräsident. Der zur Oppo-

122) Vgl. Lenczkowski, a. a. O., S. 309.

123) Vgl. Roosevelt, a. a. O., S. 268.

124) Vgl. Evolution of Communism in Iran, a. a. O., S. 24.

126) Vgl. Evolution of Communism in Iran, a. a. O., S. 175.

125) Vgl. G. Nollau, Die Internationale, a. a. O., S. 169 ff.

127) Vgl. Blackbook on Tudeh officers Organisation, Teheran 1956, S. 35 ff., über diese Organisation siehe unter S. 468.

128) Evolution of Communism in Iran, a. a. O., S. 176.

sition gehörende Sprecher des Parlaments Jamal Emami sah sich gezwungen, das Land zu verlassen. Das Medschlis wählte Ayatollah Kaschani als Sprecher, dessen Einfluß so stark war, daß er die Begnadigung des Mörders von General Ali Razmara im Medschlis durchsetzen konnte.

Die Anhänger Dr. Mossadegs („Nationale Front“) arbeiteten immer enger mit der Tudeh-Partei zusammen. Häufig veranstalteten diese Gruppen gemeinsame Massendemonstrationen, die aus der Kontrolle ihrer Führer gerieten. Das Zusammenwirken nationalistischer und kommunistischer Kräfte ließ die Tudeh-Partei auch für manche nationale Kreise annehmbar erscheinen. Die Zahl der Tudehanhänger, auch innerhalb der Armee, nahm zu. Diese Erscheinungen riefen den Widerstand zahlreicher Medschlis-Abgeordneter gegen Mossadegs Politik hervor. Der Ministerpräsident versuchte daher, vom Schah ein Dekret über die Auflösung des Parlaments zu erhalten. Nachdem der Schah abgelehnt hatte, erklärte Dr. Mossadeg selbst das Parlament für aufgelöst (August 1953). Er lehnte ab, einem königlichen Dekret zu fol-

gen, das ihn von seinem Posten entließ und General Zahedi zum Ministerpräsidenten ernannten.<sup>129)</sup>

Blutige Unruhen ereigneten sich in Teheran, hervorgerufen durch Mossadeg-Anhänger und Kommunisten, die forderten, eine „Demokratische Republik“ zu errichten. Der Schah verließ das Land, in dessen größeren Städten anti-monarchische Kundgebungen der Tudeh-Leute stattfanden, Denkmäler der Könige zerstört und Königstreue verhaftet wurden. Am 19. August 1953 nahm auch die Kommunistische Partei der Sowjetunion eindeutig Stellung, indem die Moskauer „Prawda“ einen Aufruf des Zentralkomitees der Tudeh-Partei an das persische Volk abdruckte, der die „Beseitigung der Monarchie, die Ausrufung der Republik und die Vernichtung der imperialistischen Stützpunkte“ forderte. Am gleichen Tage rafften sich jedoch in Teheran königstreue Kräfte der Armee zu energischen Gegenaktionen auf. Sie besetzten die Ministerien, das Polizeihauptquartier und die Radiostation. Nach kurzem Kampf nahmen sie Dr. Mossadegs Haus ein, der entflohen und später abgeurteilt wurde. General Zahedi konnte als Ministerpräsident amtieren, der Schah kehrte zurück.

## Die Niederlage der Tudeh-Partei

In den Tagen, die dieser Erhebung der königstreuen Kräfte folgten, bereitete die Tudeh-Partei einen bewaffneten Aufstand vor, der von ihrer Offiziersorganisation, unterstützt durch zivile Parteimitglieder, getragen werden sollte. Der Aufstand wurde jedoch, sei es angesichts der Stärke und Wachsamkeit der königstreuen Kräfte, sei es aus Unentschlossenheit, nicht ausgeführt. Ebenso wurden in den folgenden Monaten andere Pläne teils aufgegeben (militärische Ausbildung von Parteimitgliedern, Guerillakrieg in den nördlichen Provinzen), teils scheiterten sie (Sabotage an Flugzeughallen).<sup>130)</sup> Die Tudeh-Partei mußte schwere Schläge durch die erstarkten Sicherheitsorgane Irans hinnehmen. Ein Jahr angestrengter Arbeit war noch erforderlich, um — im August 1954 — die Offiziersorganisation der Tudeh-Partei aufzudecken, die innerhalb der Armee, der Polizei und der Gendarmerie arbeitete. Aufzeichnungen in Code wurden sichergestellt und entziffert, wodurch die Namen von 434 Offizieren und Studenten entdeckt werden konnten, die der Organisation angehörten.<sup>131)</sup> Diese Kenntnisse ermöglichten, die gesamte Organisation zu zerschlagen, die etwa 600 Mitglieder vom Obersten bis zum Unteroffizier umfaßte. Fast dreiviertel dieser Mitglieder waren der Organisation zur Zeit von Mossadegs Regierung beigetreten.<sup>132)</sup>

Die Offiziersorganisation hatte unter der Verantwortlichkeit eines Mitglieds des Exekutivrats der Tudeh-Partei (zuletzt Dr. Hossain Jowdat) gestanden, das eng mit den Russen zusammenarbeitete. Ihre Mitglieder hatten Spionage getrieben, Flugblätter in der Armee und den Sicherheitskräften verteilt und auch Waffen gestohlen. Gegen 69 führende Mitglieder wurden Todesurteile gefällt, von denen 27 vollstreckt worden sind. Hunderte anderer Mitglieder erhielten Freiheitsstrafen. Nur einer von sieben Spitzenfunktionären der Organisation, Hauptmann Khusrow Ruzbeh, entging damals der Verhaftung. Die öffentliche Bekanntgabe der Verbindungen dieser Organisation führte zu einem formellen Protest, den der Sowjetbotschafter Anatolij Lawrentiew im September 1954 übermittelte.<sup>133)</sup>

Mitglieder der Offiziersorganisation hatten die Partei vielfach über die Absichten der Sicherheitsorgane unterrichten können und so Gegenmaßnahmen ermöglicht. So war der Glaube entstanden, die Tudeh-Partei sei unbesiegbar. Er wurde durch weitere Schläge gegen die Partei erschüttert. Aus dem Material, das im Verfahren gegen die Offiziersorganisation sichergestellt worden war, ergab sich, daß eine Spionage- und Terrorabteilung der Tudeh-Partei, die sog. Informationsorganisation, geführt von dem genannten Khusrow Ruzbeh, bestand, deren

etwa 100 Mitglieder schließlich verhaftet und deren Akten beschlagnahmt werden konnten<sup>134)</sup>. Mit der Entdeckung umfangreicher Druckeinrichtungen, Lagern der Tudeh-Partei von Zehntausenden von Handgranaten und sonstigen Sprengstoffen und der Liquidation des „Zentralen Vereinigten Rates“, der kommunistischen Gewerkschaftsorganisation, sowie Schritten gegen die Parteiorganisationen in der Provinz waren Voraussetzungen für entscheidende Schläge gegen die Leitung des Zentralkomitees geschaffen.

Drei von fünf Mitgliedern des Exekutivrats des Zentralkomitees, Dr. Morteza Yazdi, Dr. Mohammad Bahrami, der das Amt des Generalsekretärs ausübte, und Ingenieur Ali Olovvi wurden verhaftet, zwei weitere Mitglieder, Dr. Hossain Jowdat und Dr. Nouredin Kianoori flohen ins Ausland, so daß die Reste der Tudeh-Partei etwa im März 1955 führerlos waren. Dr. Bahrami's volles Geständnis enthielt nicht nur umfassende Angaben über den Aufbau der Partei und ihrer Hilfsorganisation, sondern enthüllte auch seinen Anteil an den Beziehungen der Tudeh-Partei zur Sowjetbotschaft in Teheran.<sup>135)</sup>

Schließlich gelang es, im Dezember 1957 den letzten im Lande gebliebenen Angehörigen des Exekutivrats, den früheren Hauptmann Khusrow Ruzbeh, festzunehmen, der zugleich der Leiter der Spionage- und Terrorabteilung der Tudeh-Partei gewesen war. Er wurde abgeurteilt und im Mai 1958 hingerichtet, obwohl die Organisationen des internationalen Kommunismus versuchten, ihn durch eine weltweite Propagandakampagne zu retten.<sup>136)</sup>

Andere extremistische Gruppen teilten das Schicksal der Tudeh-Organisationen. Mitglieder der schon erwähnten Terrororganisation „Fadayan Islam“ (Kreuzfahrer des Islam) wurden verhaftet und abgeurteilt. Maßnahmen gegen die geheime „Nationale Widerstandsbewegung“ folgten, in der Mossadeg-Anhänger sich gesammelt hatten. Aus diesen Ergebnissen auf das Ende der extremistischen, insbesondere der kommunistischen Bestrebungen in Iran zu schließen, wäre verfehlt.

Wie schon erwähnt, befinden sich eine ganze Anzahl iranischer Kommunisten im Ausland, an ihrer Spitze der 1949 geflohene Generalsekretär der Tudeh-Partei Dr. Radmanesch. Diese Kommunisten sind von der Sowjetunion und ihren Satelliten aufgenommen worden. Zentren der Tudeh-Anhänger befinden sich heute in der Sowjetzone Deutschlands, in der Sowjetunion und in China. Von diesen Zentren aus betreiben die iranischen Kommunisten mit Hilfe ihrer Gastgeber eine intensive Radiopropaganda in persischer Sprache, an der sowjetische Sender mit etwa 50 Stunden wöchentlich, sowjetzonale mit 10

130) Vgl. Evolution of Communism in Iran, a. a. O., S. 292 ff.

131) Blackbook on Tudeh officers organization, a. a. O., S. 339.

132) Vgl. Evolution of Communism in Iran, a. a. O., S. 32.

133) Vgl. Dietrich Geyer, Die Sowjetunion und Iran, Tübingen 1955, S. 88.

129) Vgl. Evolution of Communism in Iran, a. a. O., S. 32 f.

134) Vgl. Evolution of Communism in Iran, a. a. O., S. 395.

135) Vgl. Evolution of Communism in Iran, a. a. O., S. 188 f.

136) Vgl. „Neues Deutschland“, Ostberlin, vom 8., 9. und 10. Mai 1958.

Stunden und chinesische Sender mit 7 Stunden wöchentlich beteiligt sind. Eine gewisse Verbindung der emigrierten Kommunisten zum Iran kann durch iranische Studenten hergestellt werden, die in großer Zahl in Europa studieren und von denen sich mancher als anfällig für kommunistische Propaganda erweist. Die Anfälligkeit hat ihren Grund in dem Kontrast, der zwischen den sozialen und politischen Verhältnissen in Iran und den entsprechenden Bedingungen in Europa besteht, und von den Kommunisten besonders unter Hinweis auf die „Fort-schritte“ in der Sowjetunion ausgenutzt wird. Die iranische Regierung hat die Notwendigkeit von sozialen Reformen längst erkannt<sup>137)</sup>. Die chaotischen Bedingungen der Jahre 1941 – 1953 sind einer größeren Stabilität auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet gewichen. Wenn die jetzt vorhandenen wirtschaftlichen Möglichkeiten benutzt und in jahrzehntelanger harter Arbeit die sozialen Verhältnisse verbessert werden, vor allem die schwierige Landreform vorangetrieben wird, dürfte es möglich sein, die Lage breiter Schichten des iranischen Volkes so zu verbessern, daß die kommunistische Propaganda immer weniger Resonanz findet.

Stalins Nachfolger hat nicht erkennen lassen, daß die aggressiven Absichten der sowjetischen Politik in Richtung auf den Persischen Golf aufgegeben sind. Zwar hat die Sowjetunion seit dem Abzug ihrer Truppen im Jahre 1946 keine Akte der offenen Aggression gegenüber Iran begangen. Daraus sollten aber keine falschen Schlüsse gezogen werden. Zwischen der Sowjetunion und Persien hat es vor 1921 bis 1941 gleichfalls Jahre scheinbarer Koexistenz gegeben, denen 1945/46 expansive Schritte bedrohlichster Art folgten. Im Frühjahr 1959 waren

die sowjetischen Drohungen unüberhörbar, die im Frühjahr 1959 bei Gelegenheit des Abschlusses des persisch-amerikanischen Bündnisvertrages ausgesprochen wurden.

Dem Betrachter der Politik, die von den sowjetischen Kommunisten im Iran betrieben worden ist, drängen sich Parallelen zur Entwicklung des Kommunismus in Deutschland auf. Deutschland und Persien waren nicht nur gleichermaßen Angriffsziele des Bolschewismus, seit er sich im Bürgerkrieg behauptet hatte, sondern die Methoden ähneln sich auch überraschend, die gegen beide Länder angewandt worden sind. Wer die Umsturzvorbereitungen der Tudeh-Partei in der Zeit von 1950 bis 1953, ihre Offiziersorganisation, die Informationsabteilung und die geheimen Waffenlager ins Auge faßt, erinnert sich des „Ständigen Militärischen Rates“ der KPD, der 1923 in Deutschland den Aufstand organisieren sollte. Der N-(Nachrichten) Apparat der KPD und die kommunistischen Terrororganisationen jener Jahre waren ebenso wie die Tudeh-Gruppen von 1953 mit sowjetischer Hilfe aufgebaut. Naive Westler äußern gelegentlich, seit dem VII. Weltkongreß der Komintern (Volksfrontpolitik!) sei die kommunistische Taktik grundlegend geändert worden. Diese Leichtgläubigen werden auch durch die Tatsachen ad absurdum geführt, die 1953 bis 1955 in Iran festgestellt worden sind.

**Anmerkung:**

Günther Nollau, Dr. jur., geboren 1911. Studierte an den Universitäten von Innsbruck, Wien, München und Leipzig Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre. Von 1942 bis 1950 Rechtsanwalt in Krakau und Dresden. Jetzt Beamter der Bundesregierung. Autor des Buches: „Die Internationale, Wesen und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus“, das im Verlag für Politik und Wirtschaft in Köln erschien.

137) Vgl. Evolution of Communism, a. a. O., S. 418 ff.

---

Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23 zu richten.  
Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an  
die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten  
an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

---

---

---

# POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## AUS DEM INHALT DER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Henry Bernhard: „Gustav Stresemann“
- Ernst Birke/Rudolf Neumann): „Die Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas  
1945 — 1957“
- Joseph M. Bochenski: „Die sowjetische Philosophie  
der Gegenwart“
- Ludwig Freund: „Die Mächtigen und ihr Gefolge“
- Walther Liese: „Erziehung, Wissen, Bildung“
- Pietro Quaroni: „Die Verantwortung Europas gegenüber  
den Entwicklungsländern“
- G. E. Wheeler: „Rußland und der Nahe Osten“
- Heinrich Uhlig: „Hitlers Einwirkung auf Planung  
und Führung des Ostfeldzuges  
bis 1943“
- \* \* \* : „Pekings Wirtschaftsbeziehungen  
zum Ausland“
- \* \* \* : „Geschichte der sowjetischen  
Sicherheitsorgane“
- 
-